

# Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Postzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 180 Pfg., Nekrologien 300 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größtenteils früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 184.

Dienstag, den 9. August 1921.

28. Jahrgang.

## Die erste Sitzung des Obersten Rates.

Paris, 8. August. Amtlich.

Der Oberste Rat trat um 3 Uhr nachmittags im Ministerium des Innern zusammen. Briand begrüßte die Delegierten und erklärte sich glücklich darüber, daß der amerikanische Delegierte wieder an den Sitzungen teilnehme. Die Kommission der Sachverständigen für Oberschlesien wurde sodann aufgeföhrt, das Resultat ihrer Arbeit bekannt zu geben. Der Präsident der Kommission schilderte die wichtigsten Punkte, über die die Sachverständigen sich einigen konnten. Der englische Delegierte dieser Kommission, Hurst, schildert sodann den englischen Standpunkt. Nach ihm entwickelt der französische Sachverständige Laroche den französischen und der italienische Sachverständige Franco den italienischen Standpunkt. Der Oberste Rat wird morgen vormittag die drei alliierten Oberkommissare in Oberschlesien hören, die sich darüber ausdrücken sollen, ob neue Zusammenstöße zu befürchten sind. Weiter wird dann die Frage der Truppenverstärkungen besprochen werden und eventuell, wenn die Entsendung von Truppen beschlossen wird, die Stärke dieser Truppen.

### Die Eröffnungsansprachen.

II. Paris, 8. August.

Briand begrüßte die Mitglieder der Konferenz und erklärte, daß die Fragen, die besprochen werden sollen, ernst und schwierig seien und daß jeder seine ganze Energie aufbieten müßte, um die Fragen zu lösen. Wenn der Geist der Solidarität und des Einvernehmens, der auf den früheren Konferenzen herrschte, weiter bestünde, so könnten die Aufgaben einem günstigen Ergebnis entgegengeführt werden. Frankreich würde die Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, in einem Geiste der Veröhnung erledigen. Lloyd George dankte Briand. Er gab zu, daß die Probleme, die von der Konferenz gelöst werden sollen, sehr schwierig sind, und daß die obereschlesische Frage das wichtigste Problem sei, das der Oberste Rat bisher zu lösen hatte. Das Problem sei an und für sich weniger schwierig, es sei durch äußere Gründe erschwert worden. Lloyd George erklärte sodann weiter, er sei überzeugt, daß, wenn die Mitglieder des Obersten Rates das Problem in der Absicht angreifen werden, zu einem Einvernehmen zu gelangen, die Lösung möglich sein werde. Die Vorschläge der Sachverständigen würde den Mitgliedern gestatten, sich über die wirklichen Schwierigkeiten des Problems klar zu werden. Nach diesen Vorträgen könne der Oberste Rat die Frage der Truppenverstärkungen besprechen. Bonomi dankte seinerseits Briand. Er erklärte, obwohl es das erste Mal sei, daß er an den Sitzungen des Obersten Rates teilnehme, so verstehe er doch die Wichtigkeit der zu lösenden Schwierigkeiten und ihren Einfluß auf den Frieden der ganzen Welt. Briand ergriff sodann erneut das Wort, um den Vertreter Amerikas noch einmal zu begrüßen und um ihn zu fragen, ob er das Wort zu ergreifen wünsche. Oberst Harvey, der amerikanische Vertreter, dankte Briand für die herzlichen Worte, die er an ihn gerichtet habe. Er verabschiedete dem Obersten Rat, daß er die herzlichste Begrüßung des Präsidenten Harding bekannt geben werde. Hierauf ergriff der japanische Botschafter Hayashi das Wort und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Tagung einen glücklichen Ausgang nehmen werde.

Der Oberste Rat beschloß dann, den Bericht der Sachverständigen der obereschlesischen Kommission anzuhören. Der englische Delegierte der Kommission verlas seinen Bericht und gab den englischen Standpunkt bekannt. Im Anschluß hieran schilderten der französische und der italienische Sachverständige den Standpunkt ihrer Regierungen. — Sowohl der französische, als auch der englische Standpunkt vertreten die Ansicht, daß das Industriebeden nicht geteilt werden dürfe. Nach dem französischen Bericht wird das Industriegebiet Polen zugesprochen, während der englische Bericht den größten Teil Deutschlands zuerkennt. Nach der Anhörung dieser Berichte beschloß der Oberste Rat, sich auf morgen vormittag 11 Uhr zu vertagen, um die drei Kommissare General Le Rond, Sir Harold Stuart und General de Marini zu hören. Die Kommissare werden über die Frage der Truppenverstärkungen sprechen. Sodann wird erst die eigentliche Debatte beginnen.

### Die Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris.

II. Paris, 8. August.

Die erste Sitzung des Obersten Rates hat sofort die volle Schärfe der Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris gezeigt. Gestern sind die Sachverständigen zu Wort gekommen und zwar als erster der englische. Dieser erklärte, daß das obereschlesische Industriegebiet unteilbar sei mit Ausnahme von Rybnik

und Pleß, welche er Polen zuerkennen will. Über das Industriegebiet müsse, da nun einmal eine deutsche Mehrheit darin bestehe, deutsch bleiben. Die Franzosen haben ausgerechnet, daß die Engländer nur 12 Prozent den Polen und 88 Prozent den Deutschen zuerkennen wollen. Die Franzosen sprechen sich dagegen für die Zuerkennung des Industriegebietes an Polen aus und jagen, wenn das Industriegebiet unteilbar sei, dann gehöre auch Rybnik und Pleß dazu und einschließlich dieser Bezirke bestehe im Industriegebiet eine polnische Mehrheit. Die Italiener haben noch keinen Standpunkt eingenommen, sondern ihr Sprecher hat sich auf gewisse Bemerkungen beschränkt. Dies ist eine wohlwogene Taktik. Die Italiener haben die Grenzlinie Sforzas aufgegeben und wollen England unterstützen. Von französischer Seite wird behauptet, daß die Italiener bei den Engländern nach Konzessionen in Albanien fischen. In französischen Kreisen war man sehr pessimistisch gestimmt, da die Meinungsverschiedenheiten zu tief sind. Die französischen Verstärkungen für Oberschlesien sind bisher nicht besprochen worden.

### Korfantys Rückkehr nach Polen.

II. Paris, 9. August.

Korfanty wird unmittelbar nach der Sitzung des Obersten Rates nach Polen zurückkehren. Er ist über die Haltung Englands, das ihm die Einreiseerlaubnis verweigert hat, sehr empört. Korfanty hat mit dem polnischen Botschafter und dem französischen Unterstaatssekretär Bérthelot eine Unterredung, die sich dem Vernehmen nach auf die Haltung der polnischen Auffständigen bezog.

### Der Reichskanzler über Oberschlesien.

III. Berlin, 8. August.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat heute dem Vertreter des Nuovo Giornale in Florenz eine Unterredung gewährt. Zur obereschlesischen Frage äußerte sich der Reichskanzler u. a. folgendermaßen: Ebenso wie in Ost- und Westpreußen haben die italienischen Truppen auch in Oberschlesien durch ihr Verhalten gegenüber der einheimischen Bevölkerung ihre Friedensgesinnung kundgetan, und ich glaube, daß dadurch manche Bande wieder angeknüpft sind, die der Krieg zerrissen hatte. Ich hoffe bestimmt, daß die Erkenntnis von der europäischen Schicksalsgemeinschaft durch solche Friedensgesinnung befördert und sich zur europäischen Solidarität auswirken wird. Alle Mächte, ob Sieger oder Besiegte, müssen mit allen Kräften an dieser Aufgabe arbeiten, wenn das schwere Werk gelingen soll. Man kann aber die von uns verlangten ungeheuren Leistungen nicht erwarten, wenn man uns die Hand abschlägt, wenn man uns Oberschlesien nimmt. Die Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland ist unabweisbar. Der Uebergang der obereschlesischen Wirtschaft an Polen würde bedeuten, daß sie verurteilt wäre, in dem Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft hineingezogen zu werden. Die deutsche Regierung hat sich schon in ihrer Note an die alliierten Mächte vom 1. April bereit erklärt, Polen unter vorzugsweisen Bedingungen die für seine Wirtschaft etwa noch erforderlichen Kohlen und sonstige Erzeugnisse zu liefern, solange das an Bodenschätzen überaus reiche polnische Gebiet, welches den größten Teil des südböhmischen Beckens umfaßt und viel größer als das deutsche Areal ist, noch nicht erschlossen ist. Sie hat aber aus Warschau nur Spott und Hohn gehört; sie hat erleben müssen, wie die polnische Regierung den dritten blutigen Aufstand in das obereschlesische Land trug, und sie muß jeden Tag noch erleben, wie der deutsche Abstammungsstief durch unjaubere Methoden verfaßelt wird. In den Pressestimmen der letzten Tage ist wiederholt der Gedanke einer provisorischen Lösung der obereschlesischen Frage erörtert worden. Ich brauche Ihnen gegenüber nicht zu betonen, daß jede derartige Lösung für die deutsche Regierung völlig unannehmbar ist; sie widerspricht dem klaren Worte des Friedensvertrages und würde den Keim zu dauernden Konflikten im Osten legen. Wir warten auf den Spruch des Obersten Rates. Dieser Spruch wird entscheidend sein für die Zukunft Deutschlands, aber auch für die Zukunft Mittel- und Osteuropas. Wir vertrauen fest darauf, daß der Spruch im Sinne des Rechts ausfallen wird, daß allein den so nötigen Frieden und Wiederaufbau Europas ermöglichen und gewährleisten kann.

## Die Steuerpläne der Reichsregierung.

Dr. L. Lübeck, 9. August.

Vor einigen Wochen hat Reichskanzler und Finanzminister Wirth im Reichstage seine Steuerpläne in großen Umrissen dem Reichstage vorgetragen. Zustimmung fand er damit weder rechts noch links, keine einzige Partei war so recht zufrieden mit den Plänen Wirths; aber schließlich tröstete man sich allgemein mit dem Gedanken, daß die erste Erklärung nur allgemein und provisorisch andeuten konnte, was in wochenlangender mühseliger Arbeit zu einem brauchbaren und reifern Ganzen noch auszugestalten war.

Vergangenen Sonnabend hat nun das Reichsfinanzministerium sein ausgearbeitetes und endgültiges Steuerprogramm veröffentlicht. In 15 verschiedenen Punkten werden eine Reihe von Stichworten aufgeführt, von denen jeder in irgend einer Richtung eine Andeutung über eine geplante Steuer gibt. Das ist aber auch alles.

Von einer klaren Entwicklung einer neuen Finanzgesetzgebung ist diese Veröffentlichung ebenso weit entfernt, als es die oben gestreifte Rede des Reichskanzlers war. Sie kann aber nicht die gleiche Entschuldigend für sich in Anspruch nehmen; handelt es sich hier doch nicht um ein Provisorium, sondern um ein vom Kabinett beschlossenes Programm. Wird man eben wieder auf den in den nächsten Tagen erscheinenden genauen Wortlaut der Gesetzentwürfe vertrusten!

Eines kann man von dem Programm, auch wenn man von ihm nur die veröffentlichten 15 Punkte kennt, jetzt schon sagen. Es fehlt ihm der einheitliche Leitgedanke; es fehlt ihm die Einstimmung auf die gänzlich veränderten Ansprüche, die Versailles an die deutsche Finanzwirtschaft stellen wird. Es ist so geworden, wie man nach der ersten Ankündigung Wirths befürchten mußte. Man stolpert unerbittlich in den alten Steuereisen weiter; hier und dort verbreitert man sie, auch versucht man sie überall zu vertiefen. Alles zusammen schafft man 15 neue Steuern; ob es reicht oder nicht, das soll die Zukunft lehren. Die Reichsregierung steckt vor der katastrophalen Lage unserer Finanzwirtschaft mit ihrem ungeheuren Anspruch an Goldmarkt einfach den Kopf in den Sand.

Die in Aussicht genommenen Steuern der Regierungsvorlage, um sie einzeln anzuzählen, zerfallen ihrer Art nach in zwei Teile; auch der Entwurf behandelt sie verschieden. Da sind zunächst die Verbrauchsteuern, die nur ganz kurz und stichwortweise angeführt werden. Schon früher war über einen Teil dieser Steuern gesprochen worden: über das Zuckersteuergesetz, das eine von 0,14 Mk. auf 1 Mk. erhöhte Abgabe für das Kilogramm vorsieht, über das auch jetzt noch völlig unbekanntes Süßstoffgesetz, und ferner über das Gesetz eines Branntweinmonopols, das die bisherige Einnahme mindestens verfünffachen will. Anschließend folgen die Leuchtstoffsteuer, mit einer Vervierfachung des Ertrages, die Einkommensteuer der Zündwaren- und der Mineralwassersteuer, die Vervierfachung der Biersteuer, Aufhebung der Ermäßigungen der Tabaksteuer, höhere Zölle auf Kaffee, Tee, Schokolade, Erhöhung der Kohlensteuer auf 25, später auf 30 Prozent, Verdoppelung der Umsatzsteuer.

III. dies sind Steuern, die den Verbrauch treffen, und die Lebenshaltung abermals verteuern.

Viel ausführlicher als diese Verbrauchsteuern werden in der Veröffentlichung der Regierung die Steuern auf den Besitz behandelt. Der Raum, der ihnen gewidmet ist, beweist freilich nichts für die Bedeutung, die ihnen an der Gesamtheit der Steuervorlagen zukommt. Schätzungen der zu erwartenden Erträge fehlen in beiden Fällen, so daß es unmöglich ist, die Erträge der Verbrauchsteuern mit jenen der Besitzsteuern zu vergleichen.

Daß die Körperschaftsteuer bei den Erwerbsgesellschaften auf 30 Prozent von bisher 10 Prozent erhöht werden soll, war auch schon bekannt. Man hat an dieser Steuer vielfach berechtigte Kritik geübt, weil sie die an Schachtelgesellschaften abgeschobenen Gewinne nicht richtig erfährt. Die Veröffentlichung der Regierung kündigt deshalb an, daß die bisherigen steuerlichen Begünstigungen dieser Schachtelgesellschaften abgeschwächt werden sollen. Auf der anderen Seite soll das Einkommen des Dividendenempfängers milder besteuert werden, um mit der schärferen Erfassung an der Quelle einen Ausgleich zu schaffen.

Daselbe gilt von der angekündigten vollständigen Umgestaltung des Reichssteuergesetzes, bei der Getreide, Versicherungen, Kraftfahrzeuge, Neugründungen von Gesellschaften und Börsengeschäfte in neuer Weise erfährt werden sollen.

Die größte Bedeutung kommt der Veränderung des Reichsnotopfers zu. Die bisher nach dem Gesetz über keine beschleunigte Einziehung fälligen Raten sollen eingezogen werden, dann aber soll das Reichsnotopfer in eine Vermögenssteuer übergeführt werden, die in den

ersten Jahren für physische Personen 3,5 bis 4 Prozent, für nichtphysische 2 bis 2,5 Prozent betragen soll. Hierbei wird dem bekannten vom Reichswirtschaftsministerium propagierten Gedanken Rechnung getragen, daß das bisherige Steuersystem die Besitzer von Sachwerten gegenüber den Besitzern von bloßen Papierwerten in ganz ungerechter Weise geschont hat. Es wird angekündigt, daß diese Sachwerte auf Grund von neuen, alle drei Jahre zu wiederholenden Veranlagungen ihrem wirklichen Werte entsprechend besteuert werden sollen.

Ferner soll der Vermögenszuwachs im allgemeinen mit 1 bis 10 Prozent, der Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit mit 5 bis 30 Prozent besteuert werden. Schließlich folgt der vielbesagene Schlusssatz: „Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.“

Als wir vor einigen Wochen die Steuerpläne der Regierung anlässlich der damaligen Kanzlererklärung besprachen, wiesen wir auf die Gefahr hin, daß die Regierung vor einer entschlossenen Reform und einem organischen Neuaufbau ihrer Finanzwirtschaft Angst haben, und statt dessen im alten Fahrwasser solange fortzuwursteln werde, bis ein gähnender Abgrund sie eines Tages jäh auftritteln wird. So ist es gekommen.

Wir wollen hier nicht auf die Tatsache eingehen, daß die in Aussicht genommenen Verbrauchssteuern die Arbeiterschaft in unerhört brutaler Weise belasten würden. Wir wollen ebensowenig die ebenso unmögliche wie unglückliche beabsichtigte Zukunftssteuerung besprechen. (Ein würdiges Gegenstück zu der Erhöhung des Brotpreises.)

Viel wichtiger in dem jetzigen Augenblicke ist die Frage, ob der Grundgedanke des Regierungsprogramms geeignet sei, dem Deutschen Reich aus seinem Geldelende herauszuhelfen. Und da ist nur eine Antwort möglich: Niemals. Man kann ein Steuerprogramm im einzelnen abändern, man kann es aber nicht in seinem Wesen umgestalten, ohne es zugleich fallen zu lassen.

Aufgabe der Regierung war es doch nicht allein, eine gewisse Anzahl von Papiermilliarden aufzubringen, sondern sie mußte auch an die Gestaltung der deutschen Wälua und damit an die Beschaffung der Goldmilliarden denken.

Dazu wären zwei Maßnahmen nötig gewesen: Die Deckung der gesamten Ausgaben des Reiches durch Einnahmen, statt mit Hilfe der Notenpresse; und zweitens die Entlastung der deutschen Werte auf dem Weltmarkt dadurch, daß wenigstens ein Teil der nötigen Geldsummen aus der deutschen Volkswirtschaft selbst entnommen wird.

Die verschiedenen Aufsätze, die wir aus der Feder des Finanzfachverständigen Dr. Kuschynski im „Volksboten“ veröffentlicht haben, stellten überzeugend dar, daß auch nach der Einführung der neuen Steuern im deutschen Haushalt ein Loos von 50 Milliarden bleiben wird. Womit soll diese Lücke gefüllt werden? Papiergeld wird flattern, die Wälua munter weiter sinken, und die Kaufkraft der Mark wird schließlich so gering werden, daß der Arbeiter den Schmachtriemen enger zücken kann als je. Wirtschaftskrisen und Lohnkämpfe werden die unabwiesbare Folge sein.

Genau wie bei der Annahme des Ultimatus wird man, wenn es zu spät ist, einsehen, daß man früher hätte einen anderen Weg einschlagen müssen. Und es gibt zur Zeit für Deutschland nur einen möglichen Weg. Das ist der Eingriff in die Vermögenssubstantz, in die Sach- oder Goldwerte, mit dem Zwecke, sie auf dem Weltmarkt als Goldsummen zu verwerten. Es ist über diesen Punkt schon so viel geschrieben worden, daß sich eine weitere Erläuterung erübrigt. Der Regierungsentwurf weicht diesem Wege nachdrücklich und flüchtig aus. Nur der oben erwähnte Schlusssatz des Programms deutet an, daß der Plan einer fester Beteiligung des Reiches an den Goldwerten und ihren Erträgen irgendwo in einem Ausschlag geprüft wird, d. h. irgendwo auf der langen Bank einem langjahren Erstlingsperiode entgegensteht. Die Angst vor dem schweren Geschäft der entwürdeten Dividendenbesitzer, und vor der peinigenden Hege der monarchistischen Hüter des agrarischen Großbesitzes hat die Regierung offenbar noch einmal vor einem rückwärtslosen Schritt in die Taschen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zurückzureden lassen.

Aber man muß sich darüber klar sein, daß unsere Lage solche Rücksichten verbietet. Einmal wird man doch zu der schärfsten Maßnahme gezwungen sein, und dann werden sie den Herrschern unerträglich sein, als sie es heute wäre. Fahren wir fort, unser Defizit durch zunehmenden Papiergeldumlauf zu verdecken, und fahren wir fort, unserer Auslandsverbindungen durch Ueberflimmungen der Weltbörsen mit Papiermarkt immer wieder zu verkleinern, so bewegen wir uns in einem Kreise, der in stets rascherem Laufe, indem eins das andere antreibt, unsere Wälua und damit unsere ganze Wirtschaft polnischen Zuständen zuführt.

Unsere Großen im Reichstage haben jetzt die zweifache Pflicht, darauf zu sehen, daß die deutsche Finanzwirtschaft endlich auf eine gesunde Basis gestellt werde, und daß der wirkliche Besitz zu diesem Bemühen mit allen Kräften beizutragen hat. Die Arbeiterschaft zahlt bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit; sie wird im Interesse des Wiederaufbaues auch die eine oder andere indirekte Steuer noch auf sich nehmen. Aber im Großen ist es jetzt die Sache des Reiches, seine Pflicht zu tun.

Das vorliegende Steuerprogramm erfüllt in beiden Punkten in keiner Weise unsere Erwartungen. Wir werden es deshalb bekämpfen. Nicht nur wegen der ungerechten Verteilung der Lasten, sondern vor allem, weil es völlig ungeeignet und ungenügend ist, Deutschlands Notlage zu lindern und zu gesunden Geldverhältnissen überzuleiten.

## Die russische Tragödie.

Teroki, 6. August.

Die Sowjetregierung erläßt eine Bekanntmachung, wonach alle Mediziner und Sanitäte zum Kampf gegen die Cholera mobilisiert werden. Die Mehrzahl von ihnen wird in die Hungergegenden kommandiert. — Die Sowjetpresse wirft die Frage einer Zwangsenteignung der Intelligenz zum Kampf mit dem Hunger und den Seuchen auf, da jene

sich nicht freiwillig dazu bereitfinden. Die Zahl der bis zum 23. Juli in Sowjetrußland registrierten Cholerafälle beträgt, der Sowjetpresse zufolge, 34 919. Während der letzten zwei Wochen ist die Zahl der Erkrankungen infolge der kühleren Witterung zurückgegangen, aber unter den Hungernden in Samara allein kommen täglich 400 Fälle vor, täglich werden den Behörden 60—70 obdachlose Kinder zugeführt, deren Eltern gestorben oder verschollen sind, und es fehlen Lebensmittel für sie. — Nach den Berichten der Hilfskommission des Zentralexekutivkomitees nähert sich die Bevölkerung im Gouvernement Samara von Surrogaten, die Erkrankungen an Stordut nach sich ziehen. — In Petersburg hat die sibirische Beulenpest mehrere Opfer gefordert.

Die Petersburger „Pravda“ meldet, daß die weitere Annahme von Passagieren auf der Omster und den Ost-Eisenbahnen eingestellt werden mußte, da angesichts der Ueberfüllung die Eisenbahnwagen stark beschädigt worden sind. — Pressevertretern gegenüber hat Kamenev erklärt, daß bereits 50 000 Flüchtlinge aus den Hungergebieten nach Sibirien abtransportiert seien.

Die Hilfskommission hat der deutschen Wolga-Kommune das Recht verliehen, auf dem Gesamtgebiete der Sowjetrepublik Brot- und Saatgetreide einzukaufen.

## Die Hungerpanik in Rußland.

Wilna, 8. August. Die ersten Wellen der hungernden russischen Bauern sind bereits bis zum polnischen Korridor vorgedrungen und überschwemmen Wileka, Swenolan, Dschann und sogar Wilna. Die polnische Regierung verfügt nicht über die nötigen Mittel, um den Strom der Hungernden abzubämmen. Die Ortsbevölkerung (in der Mehrzahl aus Russen bestehend) hat großes Mitleid für die Hungerigen und hilft ihnen, die Grenze zu überschreiten.

## Stinnes, der Seefahrer.

Der Aufsichtsrat als Konkurrent.

Die Führer der industriellen Konzentrationsbewegung in Deutschland haben sich einen weiten Rahmen gespannt. Nicht nur Produktion und Veredelung, sondern auch den Verkehr suchen sie ihrem Willen dienstbar zu machen. Es ist also nicht verwunderlich, daß der schon in Vorkriegszeiten merkbare Zug zur Seeschifffahrt in der Großindustrie jetzt weithin sichtbar in die Erscheinung tritt. Die obersteinstische und insbesondere die rheinisch-westfälische Montanindustrie haben im letzten Jahre erfolgreiche Anstrengungen gemacht, um sich an Schifffahrtsgesellschaften der Wasseranteile zu beteiligen. Es ließe sich ein umfangreiches Register aufmachen, wolle man allen diesen Kapitalvereinbarungen nachgehen. Herr Stinnes hat natürlich die größte Unternehmungslust bewiesen: neben zahlreichen Interessengemeinschaften leitet er sich auch eine eigene Schifffahrtlinie, die sogenannte Hindenburg-Linie für die Südamerikafahrt (H. G. Hugo Stinnes für Seeschifffahrt und Ueberseehandel). Aber da hat er andern Leuten bis ins Fettnäpfchen getreten. Spezialisten für die Südamerikafahrt sind nämlich die Hamburg-Amerika-Linie und die mit dieser befreundete Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Das wäre nun nicht so schlimm, wenn nicht Herr Stinnes zugleich Aufsichtsratsmitglied der Hapag gewesen wäre. Der Wülheimer Magnat hatte also die Dreifaltigkeit, mit seiner Hindenburg-Linie ohne irgendwelche Vorbesprechungen die Gesellschaft zu schädigen, deren Aufsichtsratsglieder er leitete. Das konnte sich die älteste deutsche Großschifffahrtsgesellschaft, deren Geschichte zugleich ein gut Stück deutsche Wirtschaftsgeschichte ausmacht, unter keinen Umständen bieten lassen. Sie warf den Kohlenparvenü kurzerhand aus dem Aufsichtsrat hinaus, und der Generaldirektor Cuno verzichtete seinerseits auf den Aufsichtsratsposten in der zur Stinnes-Gruppe gehörigen Widgard (Deutsche Seeverkehrs-A. G.) in Nordenham.

Dieser interessante Vorgang gestattet nun mehrere Auslegungen, und es ist ergötzlich, zu beobachten, wie die Presse der Montanindustrie allerlei Versuchsballone steigen läßt, um die Stimmung der Hamburger Seegewaltigen zu erforschen. Da wird beispielsweise die Frage aufgeworfen, ob die Haltung der Hapag im Stinnes-Konflikt überhaupt als eine Abgabe an die Großindustrie zu werten sei. Immerhin wäre es denkbar, daß die an Selbständigkeit gewöhnten Hansanten, die sich gern als „königliche Kaufleute“ umschmeicheln lassen, den Emporkömmlingen und Kriegsgewinnlern an der Ruhr einmal die Grenzen der Ueberdehnungsbestrebungen zeigen wollen. Weiterhin aber wäre die Frage zu erwägen, ob die Amerikaner, also der mit der Hapag in Interessengemeinschaft stehende Harri-man-Konzern die Ausschiffung des Herrn Stinnes gewünscht hat. Diese Möglichkeit wird in der schwerindustriellen Presse lebhaft besprochen. Stinnes, der jetzt sogar ein Verkaufsfaktor in Neuyor eröffnet habe, sei den amerikanischen Luftkriegern ein Dorn im Auge. Schon lange hätten diese Männer die Absicht gehabt, dem gefährlichen Wülheimer eins zu versetzen, und dazu habe nun eine deutsche Firma, die Hapag, die Hand geboten. Das sei unerhört, müsse den Wiederaufbau schädigen usw. usw.

Auf diesen bestellten Presselärm kann nur der hereinfallen, der von dem Intrigenspiel im kapitalistischen System eine Ahnung hat. Mittlerweile nämlich sind Nachrichten gekommen, denen zufolge die Hapag und ihre amerikanischen Verbündeten tatsächlich einen Feindtraten-Krieg mit Stinnes beginnen wollen, um den eigenartigen und unlieblichen Konkurrenten aus der Südamerikafahrt zu beseitigen. Daß es den an der Seeschifffahrt interessierten deutschen Industriellen dabei nicht ganz wohl ist, kann man sich wohl denken, angesichts der gewaltigen Mittel, die den Nordamerikanern zur Verfügung stehen. Unterliegt Stinnes in diesem Konkurrenzkampfe, dann dürfte den deutschen Bergherren der Weg zur See ziemlich verbannt sein; denn dann hätte die hamburgische Hansa tatsächlich den Grenzwall gegen die Konzentration errichtet. Was wunder also, daß die Kapitalistenpresse dazu übergeht, die öffentliche Meinung für sich einzujagen, indem sie die Hapag geradezu als Verräter am deut-

lichen Volke brandmarkt. Wir nehmen dieses eifersüchtige Geschimpfe nicht tragisch. Schärfste Kritik aber werden wir üben, wenn der Konkurrenzkampf Hapag—Stinnes die Interessen der Volksgemeinschaft schädigen sollte.

## Die Amsterdamer Internationale in Berlin.

Die Telegraphen-Union meldet aus Paris:

Die Amsterdamer Internationale hat beschlossen, eine internationale Konferenz nach Berlin einzuberufen, die sich mit der durch die Hungersnot in Rußland geschaffenen Lage befassen soll.

Wie wir aus gutunterrichteter Quelle erfahren, trifft diese Nachricht zu. Die betreffende Konferenz wird voraussichtlich am nächsten Sonnabend in den Räumen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden.

## Zwischenfälle und Genugtuungen.

V. Es wiederholen sich immer erneut Zusammenstöße zwischen den Angehörigen der fremden Militärmissionen oder fremdländischen Truppen und Deutschen. Es wird stets Rüpel geben, in allen Bevölkerungsklassen, bei jeder Nation, und man wird immer wieder erleben, daß der Alkohol auf nationale Gegensätze stark fördernd wirkt. In der Regel ist es aber so, daß sich die Beteiligten sehr wenig klar darüber sind, wie sehr sie in einem unmaßmäßigen Schaden anrichten, der in gar keinem Verhältnis zu der Unwichtigkeit ihrer eigenen Person steht.

Der jüngste Zwischenfall spielte sich in einem Schlafwagen, der von Berlin nach Bremen fuhr, ab. Nach dem Bericht eines Augenzeugen, den der „Berliner Lokal-Anzeiger“ mit vielem Eifer veröffentlicht, soll es sich darum gehandelt haben, daß im Schlafwagenabteil eines französischen Kapitäns auch eine nicht dahingehörende Dame sich aufgehalten habe, daß der Schlafwagen-schaffner mit einem Deutschen, der dem Franzosen beistand, in Konflikt gekommen sei, daß der Franzose auf dem Korridor, wo es verboten ist, geraucht hat, daß dann der Schlafwagen-schaffner, der Franzose und noch ein anderer deutscher Mitreisender abwechselnd die Tür zu dem in Frage kommenden Schlafwagenabteil auf- und zugerissen und sich noch weiter in ähnlicher Form durchaus „erwachsen“ benommen haben. Die deutsche Volksseele kostete dann im Schlafwagen über, der Franzose zog die Notbremse und der Schupmann, den man dann zur „allgemein verlangten“ Entfernung des französischen Kapitäns benötigte, er soll jetzt derjenige sein, welcher einen deutsch-französischen „Konflikt“ herbeigeführt hat. Aus dem Jant verschiedener Leute, die den im Schlafwagen notwendigen Taft nicht aufzubringen vermochten, wird so eine Angelegenheit, die zwischen der deutschen Regierung und der französischen Militärmission zu verhandeln ist. Die Zeitungen Deutschlands und Frankreichs füllen sich mit den Vorgängen und Auswirkungen einer politischen Kinderrei, und zwei Völker werden wieder gegeneinander gehetzt. Erhebend ist das weder für die, die sich damit beschäftigen müssen, noch für diejenigen, auf deren Rücken der Streik ausgetragen wird.

## Wilhelm als Gutschein.

Wert: Eine Mark.

V. Ein Freund unseres Blattes sendet uns einen der Gutscheine zu, die das Hotel und Café „Kaiserhof“ in Münster in Westfalen aus einem an sich nicht ersichtlichen Grunde abgibt, denn wir haben in Deutschland Gutscheine im Betrage von 1 Mark zur Genüge. Über die Firma Försterling u. Sohn scheint der Auffassung zu sein, daß sie die Gutscheine schon deswegen einführen müsse, um eifrige Propaganda für den normaligen Kaiser machen zu können. Wenn man den auf der Vorderseite befindlichen braven Handwerker mit dem Hammer in der Hand von der Rückseite aus und gegen das Licht betrachtet, dann erscheint er plötzlich mit dem grün aufgedruckten „Es ist erreicht“-Schwurbart, die deutsche Kaiserkrone auf dem Haupt und stellt sich als — Wilhelm aus Doorn vor. Früher legten die Fürsten großen Wert darauf, ihr Haupt jedem Untertan in den Schoß legen zu können. Heute müssen sie damit zufrieden sein, daß sie heinlich auf Rognak-Gutscheinen aufgedruckt werden. Es sind doch traurige Zeiten.

## Aufbruch in einem Internierungslager?

WSB. meldet aus Kottbus Vorgänge, die dringend bei Aufklärung bedürfen.

Am Sonnabend abend gegen 9½ Uhr versuchten polnische Insassen des Internierungslagers einen gewaltsamen Ausbruch aus dem Barackenhause. Die Posten gaben sofort Feuer, und der größte Teil der Ausbrecher wurde wieder in den Barackenhof zurückgejagt. Etwa 30 Mann gelang es, in den angrenzenden Wald zu entfliehen. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen, blieb aber infolge der Dunkelheit erfolglos. Die Schutzpolizei und Gendarmerie wurde zur weiteren Verfolgung aufgeboten. Von den Ausbrechern blieben drei Mann durch Schüsse der Posten schwer verletzt, größtenteils durch Beinschüsse, liegen. Weitere vier oder fünf Verletzte wurden von den Entflohenen mitgenommen.

## Und die Erfassung der Goldwerte?

Am Sonnabend veröffentlichte das Reichsfinanzministerium die 15. Steuergesetzesnovelle, über die sich die Reichsregierung in ihren Beratungen der letzten 8 Tage einig geworden ist. Es handelt sich dabei um den bekannten weiteren Ausbau der indirekten Steuern, der Einführung des Branntweinmonopols, mehrerer neuer Steuererlasse, wie das Kennwertgesetz, das Kraftfahrzeugsteuererlass und überdies um den Ausbau oder die „Veredelung“ einer Reihe direkter Steuern. Aus dem Schlußsatz der amtlichen

Veröffentlichung ergibt sich, daß die Reichsregierung von dem Enderfolg dieser neuen Steuern nicht fest überzeugt ist. Tatsächlich wird sich sehr bald herausstellen, daß die Summen, die auf Grund dieser Steuern einfließen werden, nichts mehr bedeuten als ein kräftiger Gewitterregen in den Stilletagen der jüngsten Zeit. Mit Recht schreibt bereits in der Sonnabend-Ausgabe des B. Z. Grich Dombrowski zu diesen beschlossenen Steuererläufen:

„Das Reich stellt sich vor das Problem gestellt, etwa 100 Milliarden zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, zur Befreiung der Besatzungskosten und zur Ausbalanzierung des Etats jährlich mehr als bisher aufzubringen. Eine schematische Erhöhung der Sätze bei den vorhandenen Besteuerungen ist nur zu einem verhältnismäßig geringen Teile anmöglich, weil man bei den meisten bereits die Grenzen des Möglichen mit 50 und 60 Proz. wie bei der Einkommen-, der Nachschuß- und der Vermögenswachstumssteuer, erreicht hat. Die Ueberwälzung der steuerlichen Anforderungen hat denn auch, wie vorausgesetzt war, zu einer Kapitalflucht nach außen und nach innen geführt. Der Verschlebung ins Ausland, die mit der zunehmenden Festigung unserer finanziellen Verhältnisse nachlich, ist eine Verdrängung des Kapitals nach Innen durch eine milde Sucht nach neuen Anlagemöglichkeiten, durch Bewässerung, durch Verschärfung und Konzernbildung der Betriebe gefolgt, die der Steuerbehörde schließlich jede wirklich durchgreifende Kontrolle unmöglich machen.“

Diese Erwägungen führen auch das B. Z. zum drittenmal dahin, mit uns die oft vertretene Forderung nach der Erfassung der Sach- oder Goldwerte zu erheben. Eine Erfassung der Goldwerte, wie sie sich im Rätischen und ländlichen Grundbesitz, in den Industrieanlagen und Wertobjekten der Banken präsentieren, gestalten die Steuerdrückbergerei unendlich schwerer als bei allen sonstigen indirekten oder direkten Steuern. So man sich dazu entschließt, die Hand auf etwa ein Fünftel der vorhandenen Sach- oder Goldwerte zu legen, wird es eine Unmöglichkeit bleiben, daß, wie heute bei der Einkommensteuer, sachverständige Finanzmänner behaupten können, daß sie ungefähr den dreifachen Betrag ergeben würde, wenn jeder sie wirklich voll bezahlen würde, wozu alle diesseitigen nicht im Traume denken, bei denen nicht wie bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten das Einkommen aller Öffentlichkeit bekannt ist und bis auf den letzten Pfennig zur Steuer herangezogen wird. Der Schlüssel der amtlichen Erfassung, daß das Archivat noch einsehbar prüfe, ob auf anderem Wege als dem der Besteuerung der Besitz zu den Kosten des Reiches noch heranzuziehen sei, läßt erhoffen, daß neben dem jetzt im Komitee verhandelten Steuerplan des Reichsfinanzministeriums auch die Vorschläge, die, wie bekannt, im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet worden sind, und die eben auf eine Erfassung der Sach- oder Goldwerte hinausgehen, wodurch einzeln und allein die längst völlig unzureichende Golddeckung für die Bezüge unseres Papiergeldes wieder verbessert werden kann, noch zur Annahme und Durchführung gelangen werden.

## Der letzte Blutstropfen dem Vaterlande.

V. Wenn man die nationalistischen Phrasen unserer deutschnationalen Worthelden liest, so wundert man sich immer wieder, daß der unerlässliche Blutstropfen diese Leute nicht schon in den ersten Kriegstagen an die vorderste Front geführt hat. Wie so manchesmal bei den Deutschnationalen, ist auch hier zwischen Worten und Taten ein beträchtlicher Unterschied zu vermerken. Wie wir kürzlich mitteilten, wurde, in der Hamburger Stadtverordnetenversammlung einer der Herren, der sich besonders nationalistisch gebärdete, durch Hinweis von linksseher Seite auf seine Kriegsdrückbergerei äußerst empfindlich blamiert. Einen neuen außerordentlich belustigenden Fall weiß das „Leipziger Tageblatt“ mitzuteilen, das folgende Zuschrift veröffentlicht:

„Die Zartbesaiteten nennen es persönlich werden, wenn man gelegentlich einen der Heldenjähne hervorzieht. Ja, aber ist es richtig, zum Beispiel in einem Blatte wie die „Tägl. Rundschau“ einen Mann jahrelang schreien und das deutsche Volk beschimpfen zu lassen, der dazu keine Berechtigung hat! Das „Blatt der Gelehrten“ nennt die Demonstration für den Ruf „Nie wieder Krieg!“ armselige Schächler, spricht von dem Geist der Verzweiflung und des Hasses“, den die Welt für unsere Untwürdigkeit hat, und schreibt: „Nunmer wieder wird man mit Erbitterung an alles das denken müssen, was auf deutscher Seite nicht getan worden ist, was für einen glücklichen Ausgang des Krieges notwendig gewesen wäre.“ Dieser selbe Mann hat noch 1914, ihm doch an Kommerzienrat Stellung, den Freund des Großherzogs von Oldenburg, zu empfehlen, damit er als Gefahrgeselle nicht zur Infanterie komme, sondern zu den Sanitätsführern, wo doch die Gefahr für das Leben nicht so groß sei. Es wäre kein Wort darüber zu verlieren, wenn nicht gerade diese Leute es jeden Tag wagten, ehrliche Gegner des Krieges als Feiglinge zu schmähen.“

Wir begrüßen es mit Freuden, daß das kostbare Leben dieses Kriegshelden dem Vaterlande erhalten geblieben ist. Wer sollte auch künftighin pazifistische Kundgebungen verhöhnern und die Hingabe des letzten Tropfen Blutes — der anderen fordern, wenn derartige Heiden in Deutschland ausgehoben wären.

## Hungerblockade der Landbündler.

Von Richard Mattheus-Halberstadt.

Wir warnen vor einer weiteren Volksverhexung in der Brotfrage! Der Bauer hat sich bisher alles gefallen lassen! — Seine Geduld geht langsam zu Ende! Nach der französischen Revolution weigerten sich die zur Verzweiflung gebrachten Bauern, ihren Grund und Boden weiter zu bebauen. Will die Regierung sich ähnliche Erfahrungen ersparen, Ruhe und Ordnung im Lande behalten und die Ernährung der städtischen Bevölkerung nicht ernstlich gefährden, dann hat sie die Pflicht, dem volksverhetzenden Brotwucherschwandel schleunigst energig entgegenzutreten. Einmal zerpringt der allzu straff gespannte Bogen. . . .“

Mit diesen Worten schließt ein Artikel des Landbundes der Provinz Sachsen, der Aufklärung über den neuen Brotpreis bringen soll. Die nationale Presse druckt natürlich den Aufsatz ohne ein kritisches Wort ab. Der Landbund ist die Kernzelle der Reaktion. Was also von dort kommt, ist unantastbar.

Der Artikel ist die frechste Herausforderung des Volkes, die uns seit langem zu Gesicht gekommen ist. Die Landbündler drohen mit Anbauverweigerung und nennen sich patriotisch. Verdrängen sie sich durch diese Drohung nicht den Namen Geld-

sachpatrioten? Ist diese höhnische Unverschämtheit nicht nur durch schärfsten Klassenkampf zu brechen? Glauben Sie durch Hunger das Volk geistig zu machen? Hui Teufel! Länder wie Rußland schwinden vor Hunger dahin, und unsere Landbündler drohen mit dem gleichen Rezept. Ein Kaiser würde das Hochverrat nennen und die Staatsanwaltschaft rufen. Wenn die Dreifigkeit der Landbündler nicht nur Angst ist und ein schlechtes Gewissen verbergen soll, so ist sie die beste Ansetz- und Herausforderung zum Klassenkampf. Klarheit hat der Landbund mit seinem Aufsatz geschaffen. Angesichts seiner brutalen Offenheit sollte jeder Verbraucher wissen, wo er zu stehen hat. Engster Zusammenschluß aller Arbeitnehmenden und Verbrauchenden sollte die kleinste Folge dieser Kampfanzeige sein.

Der Artikel des Landbundes ist ebenso dreist wie falsch. Man höre und laune: Der Landwirt hat auf jedes in Deutschland gebakene Umlagebrot (1740 Gr. Roggen) 35 Pfennig drauf zu zahlen. Das Bierpfundbrot, das vom 16. August ab 7,20 Mk. kostet, müßte also 8,15 Mk. kosten, und dann hätte der Landwirt noch seinen Pfennig verdient, sondern nur seine Selbstkosten zurückhalten. O, welche Hochherzigkeit, welch Opfermut! Denk' es, du Arbeitsmann und du Arbeiterfrau, wenn du dein Brot für 7,20 Mk. mit Tränen isst, daß du eine 95-Pfennig-Gnade des Landbundes genießt. Ist es da nicht begreiflich, daß sich der Landbund nach Kräften gegen den schurkigen Vorwurf „agrarischer Brotwucherei“ wehrt? Wir müssen uns fragen, ob wir seine Gnade annehmen wollen. Müßten wir uns nicht bereit machen und mit dem Klingbeutel im Lande herumgehen, um für die notleidenden und verarmtesten Landbündler zu sammeln?

Die Rechnung des Landbundes ist falsch. Nach dem Umlagegesetz sind 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide im Umlageverfahren aufzubringen. Der Landbund rechnet mit 55 Millionen Zentnern und erklärt, am Umlageverfahren einen barren Verlust von 1 1/2 Milliarden Mark zu haben. Der amtliche Preis für das Umlagegetreide ist für Roggen 105 Mk. pro Zentner, Weizen 115 Mk., Hafer 90 Mk. und Gerste 100 Mk. Demgegenüber ist zu sagen, daß die Preise für das Umlagegetreide entsprechend den Forderungen der Organisationen der Landwirte beschlossen worden sind. Jede ihrer Forderungen wurde gegen die sozialistischen Stimmen bewilligt. Und nun, nachdem alle ihre Wünsche in Erfüllung gegangen sind, wollen sie einen barren Verlust von 1 1/2 Milliarden Mark haben? Selig sind die Rechenkünstler, die sich zu ihrem Vorteil verrechnen.

Der Landbund rechnet für das Erntejahr mit einem Durchschnittsergebnis von 7 Zentnern Roggen pro Morgen. Nach den neuesten Erklärungen des Reichs-ernährungsministeriums haben wir beim Brotgetreide eine gute Mittelernte zu erwarten. Die Wirkungen der Trockenheit sind für das Brotgetreide bisher nicht erheblich. Offenherzige Landwirte haben erklärt, 16 bis 20 Zentner Getreide je Morgen geerntet zu haben. Der Anschlag des Landbundes ist also ohne Zweifel mehr als vorläufig. Man darf mit einem wesentlich höheren Durchschnittsergebnis rechnen. Die Rechnung des Landbundes kennzeichnet sich schon hier als ein plumper Schwindel.

Weiter. Der Landbund erklärt, daß den zur Umlage herangezogenen Landwirten durchschnittlich höchstens ein Viertel der Ernte zur freien Verfügung steht. Wer hat da noch den Mut, von Profitgier zu reden? Alles für das Volk, die Aufopferungsmut der Landbündler für das Volk kennt keine Grenzen. Bemerkenswert aber ist dazu die amtliche Begründung zu dem Umlagegesetzentwurf über den Anteil der Umlage, die ursprünglich 3 Millionen Tonnen betragen sollte. Darin heißt es, die Umlage (von 3 Millionen Tonnen) betragen nur etwa ein Viertel der Ernte an Brotgetreide, Gerste und Hafer. Weiter heißt es: die Ernte seit Kriegsbeginn etwa auf 60 v. H. heruntergegangen. Nach dieser Annahme wäre die Ernte 1920 auf annähernd 14,25 Millionen Tonnen zu schätzen. Der Zahl von 14,25 bis 14,5 Millionen Tonnen gegenüber beträgt eine Gesamtumlage von 3 Millionen Tonnen, nur etwas mehr als ein Fünftel. Der Anteil der Umlage an der Ernte 1921 wird voraussichtlich noch niedriger sein. Soviel aus der amtlichen Begründung. Statt 3 sind nur 2,5 Millionen Tonnen im Umlageverfahren aufzubringen, der Prozentsatz verringert sich also noch weiter. Die Rechnung des Landbundes zerfällt wieder als fauler Schwindel.

Aus der Aufstellung des Landbundes mag noch erwähnt sein, daß er 120 Mk. steuerliche Belastung einsch. Umlagesteuer je Morgen rechnet. Ein Landwirt mit 300 Morgen Acker zahlte demnach 36 000 Mk. Steuern. Der Brave, zahlt er das wirklich? Soll das wirklich jemand glauben? Und wozu die sogenannten Steuerberatungsstellen des Landbundes?

Der Landbund errechnet die Selbstkosten für einen Zentner freies Getreide mit 212,60 Mk. Ein 4-Pfund-Brot im freien Handel muß demnach 10,80 Mk. kosten — und hierbei hätte der Landwirt weder einen roten Heller Verdienst noch Verzinsung seines Betriebes, sagt der Landbund.

So, gläubiger Leser, nun kennst du die Wohltaten des Landbundes, gehe hin und verkünde sie allem Volk, daß es seinem Ernährer den gebührenden Dank abstatte. Der Landbund ernährt auf seine Kosten Deutschland, und das Volk zahlt für sein Brot Wucherpreise. Der Landbund ist der Freund des Volkes, wenn es die Freundschaft teuer bezahlt. Durch diese Rechnung des Landbundes wird mancher erkennen, wohin er politisch und wirtschaftlich gehört. So offen ist selten der Ausbeutung des Volkes das Wort geredet worden. Und dafür müssen wir dem Landbund dankbar sein.

## Volkswirtschaft.

Ein merkwürdiges Urteil des Reichsfinanzhofes.

Wir haben schon verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, daß die höchste deutsche Instanz in allen Steuerfragen, der Reichsfinanzhof zu München, immer mehr Urteile fällt, die der Industrie und dem Handel sehr gut in den Arm passen mögen, die aber in ihrer Wirkung auf eine Erschwerung der steuerlichen Erstattung industrieller und sonstiger Gewinne hinausläuft. Vor einiger Zeit schon urteilte der Reichsfinanzhof einmal dahin, daß die den Steuerbehörden vorgelegten Bilanzen als an sich richtig angenommen werden müßten. Wenn die Steuerbehörde dieser Meinung nicht sei, dann müsse sie den Beweis dafür antreten, die nötigen Auskünfte dazu könne sie ja von dem Aussteller der angezeigten Bilanz verlangen. Jetzt hat er ein Urteil gefällt, das dahin lautet, daß die Forderung des Finanzamtes, das „Entzifferung der Annoten und Kreditoren einer Bilanz“ verlangt,

unberechtigt sei, denn das bedeuete die Forderung einer vollständigen Abschritt dieser beiden Bestanden. Wir sind neugierig, wie die Finanzämter nunmehr die Bilanzen prüfen sollen. Einmal wird Ihnen durch den Reichsfinanzhof gesagt, daß sie Auskünfte verlangen müssen, wenn ihnen die Bilanz nicht richtig erscheint, und zum anderen wird festgestellt, daß diese Auskünfte nicht ausdrücklich verlangt werden dürfen. Es erscheint uns denn doch notwendig, daß sich die zuständigen Stellen und die Öffentlichkeit mit den Urteilen des Reichsfinanzhofes etwas mehr beschäftigen, als das bisher üblich gewesen ist.

### Wachsende Meile.

NZ. Nach der Reichstatistik hat seit Anfang d. J. die Zahl der allmonatlich eingetretenen Konkursfälle beträchtlich zugenommen. Im Februar wurden 233 Konkurse neu eröffnet, im März 291, im April 283 und im Mai war die Zahl neuer Konkursfälle auf 309 gewachsen.

### Die Wohnungsbauten nehmen zu.

Nach einer statistischen Erhebung in 35 deutschen Großstädten über den Neubau von Wohnungebauten und die Herstellung neuer Wohnungen ist festzustellen, daß sich die deutschen Städte zur Bekämpfung der Wohnungsnot sehr erfolgreich einsetzten. Insgesamt sind im ersten Vierteljahr 1919 in diesen Städten 1063 neue Wohnungen geschaffen worden. Im ersten Vierteljahr 1920 2503 und im ersten Vierteljahr 1921 3402. Gegenüber der Zahl der Wohnungsbauten im ersten Vierteljahr 1919 ist die Zahl der Wohnungen in diesen Städten im gleichen Zeitraum 1920 um 330 v. H. und im ersten Vierteljahr 1921 um 508 v. H. gestiegen. Während 1919 und 1920 die Wohnungsherstellung durch private Bautätigkeit überwog, ist 1921 ein starker Vorprung durch die gemeinnützige Bautätigkeit festzustellen. Es sind nämlich gebaut worden in diesem Vierteljahr 2068 Wohnungen durch Private und 334 Wohnungen auf gemeinnützigem Wege. Die gemeinnützige Bautätigkeit hat insbesondere Kleinhäuser erstehen lassen, denn die von ihr errichteten 2231 Wohnungen sind in 1895 neuen Häuserbauten enthalten.

### Ständige Rückgang des amerikanischen Außenhandels.

Amerika erlitt an seiner hohen Wafuta. Seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sinkt von Woche zu Woche. Die amerikanische Wareneinfuhr, die infolge der günstigen Bewertung des amerikanischen Geldes eigentlich recht gut sein sollte und die sich auch tatsächlich seit Januar d. J. bis April etwas gebessert hatte, ist nun schon wieder unter den Januarstand zurückgefallen. Gegenüber dem Monat Mai 1920, wo die amerikanische Einfuhr 431 Mill. Dollar betrug, ist die Einfuhrziffer von Mai 1921 um 52 Prozent, nämlich auf 208 Mill. Dollar gesunken. Noch stärker ist die amerikanische Ausfuhr zurückgegangen, trotzdem Amerika in der Hauptsache nur noch solche Güter ausführt, an denen in anderen Ländern ein empfindlicher Mangel besteht. Im Mai 1920 wurden für 745,8 Mill. Dollar Waren ausgeführt, im Mai 1921 nur noch für 339,9 Mill. und im Mai 1921 gar nur noch für 329,7 Mill.

Amerika macht alle Anstrengungen, um durch Preisentungen, Exportprämien und Transportsubsidien den amerikanischen Warenabsatz im Auslande zu heben. Das hat bisher noch nicht einmal Getreide, nach dem Millionen Menschen hungern, eine Exportsteigerung bewirkt. Der Weizenpreis in Amerika betrug im April 1920 6578 Papiermark pro Tonne und im Juni 1921 nur noch 3988 Papiermark. Das ist immer noch über zweieinhalbmal so teuer, wie in Deutschland. Die amerikanische Stahlindustrie liegt in größter Produktionsstodung, weil sie keine Aufträge hat. Im Mai 1920 verfügte sie noch über einen Auftragsbestand von rund 11 Mill. Tonnen, im Mai 1921 aber lagen nur noch knapp 5 1/2 Mill. Tonnen Aufträge vor; also eine Abnahme von 50 Proz.

Ähnliche Zahlen über die amerikanische Wirtschaftskrise lassen sich für alle Produktionszweige anführen. Die Krise ist seit einem Jahre fortgesetzt gewachsen. Jeder Monat bringt eine Verschärfung.

Es ist ganz klar, daß Amerika den Grad seines Wohllebens stark herabschrauben muß, daß es seine Produktionskosten noch weit mehr zu senken gezwungen ist, wenn es wider die freie Konkurrenz anderer Staaten bestehen will. Die amerikanische Wirtschaftskrise, die nun schon über ein Jahr dauert, ist eine unmittelbare Auswirkung der Friedenssabotage Deutschlands gegenüber und der gewaltigen Erschütterung der Wirtschaftskraft Mitteleuropas. Solange der stärkste Regulator der internationalen Wirtschaftsbeziehungen — Deutschland — nicht wieder in den Weltmarkt eingefügt wird, werden die Außenhandelsorgane namentlich auch der Wafutastaten nicht aufhören.

### Devisen-Kurse.

Hamburg, 8. August.

Antliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.		8. August.	6. August.
Holland	100 fl.	2515.—	2510.—
Kopenhagen	100 Kr.	1255.—	1257.50
Stockholm	100 Kr.	1687.50	1675.—
Kristiania	100 Kr.	1045.—	1050.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	124.—	125.—
Schweiz	100 Frs.	1360.—	1357.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	8.75	9.25
Budapest	100 K.	21.—	21.—
Prag	100 K.	102.75	103.—
Spanien	100 Pesetas	1050.—	1047.50
London	1 £	296.—	295.—
Paris	100 Frs.	639.—	634.—
Belgien	100 Frs.	614.—	610.—
Italien	100 Lire	356.—	355.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	81.62	82.25
do. briell. Ausz. od. Scheck		81.62	82.12
Bukarest	100 Lei	—	—

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 8. August 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage	Stid.
D.	Johanna	Lehmann	Bedmann	Emden	1 1/2	
S.	Nestue	Jakobsjohn	Jobro		1	
Angekommen am 9. August 1921.						
S.	Ora et	Labora	Janzon	Burgstaten	1	
D.	Heimdahl	Arwardson	Wrens		1	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für den übrigen Teil August Schütz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 9. August.

### So war es nicht gedacht!

Von Alfons Pehold.

So war es nicht gedacht, daß Millionen Rechte  
Wenigen Herren dienstbar müssen sein.  
Auf einen Tag sich häufen tausend Nächte  
Mit einer Kerkerlampe trüben Schein.

Und daß der Felder Korn, der Wein tausender Berge  
Die Scheuern füllt, die Schloß und Kiegel sperrt,  
Indes die Armen vom erloschen Herd  
Sich qualvoll hungern in die Weichholzlarge.

Und daß sich Mauern heben aus dem Boden  
Zu vielen Häusern ohne Luft und Licht,  
In denen die Lebendigen den Toten  
Anneiden ihr verhölltstes Gesicht.

Und daß ein gelbes, ausgekühltes Feuer,  
Zu Stein erstarrt, als geile Gottheit thront,  
Die, wie Karthagos Vögelungeheuer,  
Beim Opferdienst die Kinder nicht verschont.

Und daß zuletzt ein jeder Menschenwille  
Sich wie ein Dolch nach Blut und Morde sehnte  
Und in der schwülen, giftdurchschwellten Stille  
Den Körper raubtiergleich zum Sprunge dehnte.

### Warum ist der Friseurstreik noch nicht beendet?

Seit fast 5 Wochen befinden sich die Friseure im Streik und  
nach war keine Einigung zu erzielen. Welches sind nun die  
Gründe? Die Friseurgehilfen hatten am 5. d. Mts. wieder Ver-  
handlung mit den Arbeitgeberern der Friseur-Zwangsinnung. Es  
wäre schon zu einer Einigung gekommen, wenn nicht die Gehilfen  
für ihre Kolleginnen hätten einspringen müssen. Das ist ihre  
Pflicht und Schuldigkeit, und es gibt auch keinen Gehilfen, der  
sich dieser Pflicht nicht bewußt ist. Unsere Friseurinnen streiten  
lediglich nur um den Abschluß eines Tarifes, wozu sich  
die Arbeitgeber, mit Ausnahme einiger, nicht herbeilassen wollen.  
In dieser Frage haben bisher alle Instanzen eine ablehnende  
Antwort erhalten, trotz des weitesten Entgegenkommens. Was  
will nun der Verein der Damenfriseure Lübecks? Sie bieten  
allen Friseurinnen 20 % auf ihren Grundlohn, das heißt, wenn  
eine Friseurin 300 Mark Monatslohn ohne Kost und Logis er-  
halten hat, erhält sie jetzt 360 Mk. Diese Löhne werden dann  
Friseurinnen gewährt im Alter von 22 Jahren. Der höchste Lohn,  
der zurzeit gezahlt wird (es handelt sich nicht um tariflichen) be-  
trägt 520 Mk. Dieser Lohn, den eine Friseurin im Alter von 26-28  
Jahren erhält, bildet eine Ausnahme. Warum werden in diesem  
Berufe noch solche niedrige Löhne gezahlt? Weil einerseits die  
Bedienungspreise etwas mäßig gehalten sind, aber andererseits  
sehr viele Lehrlinge gehalten werden. Lehrlinge werden in vielen  
Geschäften 4 und 5, vor kurzem noch 8 gehalten. Da ist es  
selbstverständlich, daß hier ein Ueberangebot vorhanden ist, der  
den Beruf auf keine gesunde Basis bringen kann. Abhilfe hierin  
zu schaffen tut dringend not. Allen Eltern muß gesagt werden:  
überlegt es Euch, ehe Ihr Eure Töchter Friseurin lernen laßt!  
Über an die Bewässerung richten wir die Bitte: unterstützt vor  
allem den Kampf der Friseurinnen, damit es zum Abschluß eines  
Tarifes kommt! Besucht keine Damenfriseurgeschäfte, die nicht  
bewilligt haben. Gelegenheit zum Frisieren bieten die folgenden  
den Kasierstuben, auf Wunsch werden Friseurinnen ins  
Haus geschickt. Geschäfte, die bewilligt haben, sind folgende:  
Lütke, Johannisstraße, vis-a-vis Gewerkschaftshaus, Wie-  
ger, Cronsforder Allee, Ecke St. Jürgenring, Heins, Schlüssel-  
huben, Bayer, Sandstraße 27. Wenn nur diese Geschäfte, so-

wie unsere fliegenden Kasierstuben zum Frisieren benutzt werden,  
dann werden unsere Kolleginnen auch den Streik zu ihren Gunsten  
beenden.

Die Streikleitung.

### Aus der Bürgerschaft.

In kaum drei Stunden erlebte die Bürgerschaft gestern  
abend eine umfangreiche Tagesordnung. Außer einem Antrage  
Dreger standen nicht weniger als 81 Senatsanträge zur Verhand-  
lung. Nur 2 Vorlagen wurden einem Ausschuss überwiesen, alle  
anderen dagegen angenommen. Die verhältnismäßig schnelle Er-  
lebung war nur dadurch möglich, daß Anträge von großer  
Wichtigkeit und hoher politischer Bedeutung nicht vorlagen. An-  
fangs schien es, daß die Sitzung endlos dauern würde, denn der  
erste Antrag löste eine längere Debatte aus. Die Deutschnationalen  
traten warm für „ihren“ Hausvater, der im Rettungshause Friseur-  
stuben entlassen ist, ein. Gegen den entlassenen Leiter dieser An-  
stalt schwebt bekanntlich wegen verschiedener Vergehen ein Strafver-  
fahren. Die Deutschnationalen und auch einige Demokraten verlangten,  
daß dem Manne kein Gehalt bis zur Entscheidung des Gerichts  
weitergezahlt wird. Die Genossen Haut und Schermer wiesen  
demgegenüber darauf hin, daß die Deutschnationalen gegen die  
Kündigungen verschiedener Lehrer, die sogar Kriegsteilnehmer  
waren, und anderer Angestellten nichts einzuwenden hatten. Im  
übrigen bestehe kein Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes,  
da es sich nicht um einen Beamten handle. Den Deutschna-  
tionalen, zu denen sich auch Dr. Wittern wieder gesellte,  
blieb der Erfolg versagt. Zum Schluß kam es noch einmal zu  
etwas lebhafteren Auseinandersetzungen bei dem Antrag Dreger,  
der für die Ausbildung der Betriebsräte 10 000 Mk. forderte.  
Demokraten und Deutschnationale wollten wohl diese Mittel be-  
willigen, aber dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund keine  
Rechte bezüglich der Mitbestimmung über die Verwendung des  
Geldes einräumen. Dreger verteidigte lebhaft seinen Antrag,  
der schließlich auch angenommen wurde. — Bei den Nachbe-  
willigungen für das Wohlfahrtsamt verlangte Genosse  
L. Löwig die baldige Neuwahl der verschiedensten Kom-  
missionen dieses Amtes. — Der erhöhte Straßenbahnfahrpreis  
für Sonntags und abends nach 9 Uhr wurde beschloffen.  
Auf Schülerfahrpreise wird dagegen kein Aufschlag erhoben.  
Ein Antrag Haut, der eine Prüfung der Fahrpreis- und Straßen-  
bahnverhältnisse verlangte, fand Annahme. — Bei der Beratung  
des Fischereigesetzes hielt Dr. Wittern eine längere Rede. Seine  
juristischen Haarpatereien hatten den Erfolg, daß niemand  
nicht einmal er selbst, für seinen Antrag stimmte. Der Demokrat  
Ambrösius trat für weitgehende Beschäftigung der Erwerbs-  
losen bei der Aufstellung der Bürgerschaftswählerliste ein.  
Senator Mehrlein sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu, be-  
tonte aber, daß die Arbeit sehr genau und gewissenhaft ausgeführt  
werden müßte. Frau Sartman brachte Mißstände beim Melde-  
amt und bei der Passabfertigung zur Sprache. Die vom Senatstisch  
versprochene Abhilfe läßt hoffentlich nicht lange auf sich warten.  
Genosse Schröder verlangte die Verbesserung des Weges zwischen  
Kloppbrücke und Schlachthaus und unterstellte lebhaft die An-  
schaffung eines Automobilkrankenzugens. Einige andere Vorlagen  
lösten nur kurze Anfragen aus. Um 9.10 Uhr konnte der stell-  
vertretende Vorsitzende bereits die Sitzung beschließen.

### Weltmarktpreise — Weltmarktlöhne!

In jeder Woche wird in den Zeitungen veröffentlicht, wie-  
viel für ein Zehnmargenstück gezahlt wird. Gegenwärtig sind es  
320, für ein Zehnmargenstück 160 Mk. Durch diese Veröffentlichung wird  
dem Volke vor Augen geführt, was uns infolge der Lohnzahlung  
in Papiermark an dieser Summe fehlt, um auf den Friedens-  
stand zu gelangen. Hatte jemand z. B. im Jahre 1914 30 Mk.  
Wochenlohn, so müßte er nach dem jetzigen Stande der Gold-  
mark einen Lohn von 480 Mark haben. Oder umgekehrt:  
Hat jetzt jemand von uns 300 Mk. Wochenlohn, so beträgt dieser  
tatsächlich noch nicht 20 Mk. in Friedenswährung.  
Dieses ist der Schlüssel des Geheimnisses, weshalb man trotz  
der Scheinbaren Höhe des Lohnes (der einen Anreiz der Unter-  
nehmer zum Lohnabbau bildet) nicht auskommt. Die Waren  
hingegen werden alle dem Weltmarktpreise angepaßt.

Kostete z. B. Fleisch im Frieden 80 Pfg. das Pfund, so kostet es  
jetzt zwanzigmal so viel, also 16 Mk.; Butter 1,10 Mk., jetzt  
20—28 Mk.; Fettkäse 80 Pfg., jetzt 15 Mk. usw., wie jeder in  
seiner Wirtschaft nachrechnen kann; von Textilwaren ist gar nicht  
zu reden, nur daß diese sowie Stiefel längere Zeit vorhalten,  
während die Lebensmittel gleich verbraucht werden. Hatte  
man im Frieden 30 Mk. Wochenlohn, so gab man bei kleiner  
Familie etwa 18 Mk. für Lebensmittelunterhalt aus, 6 bis 7  
Mark für Steuern, Miete usw., so daß schließlich 10 Mk. für An-  
schaffung von Kleidern, Wäsche, Schuhen übrig blieben. Heute  
(bei 300 Mk. Wochenlohn) langen keine 170 Mk. für das Essen.  
Dazu kommen die Steuern mit 10 Prozent (früher etwa 5 Pro-  
zent), die Beiträge, sodas ungefahr 50 Mk. gleich im Geschäft  
bleiben. Das übrige ist dann für Anschaffungen bestimmt, nur  
daß man mit dem Gelde nicht so viel anfangen kann.

Bringen wir also die Weltmarktlöhne in Einklang mit  
den Weltmarktpreisen, dann können wir alles wieder so  
kaufen wie im Frieden! Früher tritt doch keine Ruhe ein.

Nicht von einem Lohnabbau zu reden, ist ein Verbrechen. Die  
Kapitalpresse bringt zwar fast in jeder Nummer Notizen, wie  
geduldig in anderen Ländern (England, Amerika, Frankreich)  
die Arbeiter den Lohnabbau hinnehmen, vergißt aber zu be-  
merken, daß in diesen Ländern die Teuerung im Kriege lange  
nicht so zugenommen hatte. In Amerika verdient, wie ein Mit-  
arbeiter des „Korrespondent für Deutsches Buchdruck und  
Schriftsetzer“ meint, ein ungelernter Arbeiter 80 Cents, ein  
Eisenarbeiter 90 Cents die Stunde, nach unserem Gelde 56 Mk.  
resp. 68 Mk., da kann man vielleicht schon etwas abbauen. In  
England konnten die Arbeiter während der Kriegszeit ihren Lohn  
durch Streik beträchtlich erhöhen, in Deutschland drohte man  
uns beständig mit dem Schützengraben.

Also nicht Lohnabbau, sondern Lohnaufbau! Geht uns  
30 Mk. in Gold (wie im Frieden), wir wechseln sie schnelligst um  
in Papier, erhalten 480 Mk. und uns ist geholfen!

Arbeiter-Jugend. Heute abend 7 1/2 Uhr Zusammenkunft  
sämtlicher Funktionäre. Alle müssen erscheinen.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Wir bitten, umgehend die  
Abrechnungen über den Kartenerwerb des Gewerkschaftsfestes mit  
derjenigen Stelle vorzunehmen, von der die Kassierer die Karten  
empfangen haben. Die Abrechnung muß sofort erfolgen, da das  
Polizeiamt seinerseits die Abrechnung verlangt. Das Festkomitee.

W. Die schwarz-weiß-rote Flagge. Die „Lübecker An-  
zeigen“ sind enttäuscht, daß beim Eintreffen des Festzuges in  
Friedrichsdorf am Sonntag ein junger Mann die schwarz-weiß-rote  
Fahne am Eingang zur Festhalle herunterholte. Das Blatt  
schreibt u. a.: „Es wird interessant sein, zu erfahren, ob die  
Polizei etwas gegen diese Verletzung des Hausrechts des Fest-  
hallenbesizers unternommen hat oder unternommen wird. Vorerst  
stellen wir folgendes fest: Die Schriftleitung der „Lübecker An-  
zeigen“ sollte wissen, daß für die Zeit der Festdauer das  
Hausrecht auf die Veranstalter übergeht. Zum Fall selbst ist zu  
sagen, daß für uns die schwarz-rot-goldene Flagge, die Flagge  
der deutschen Republik ist und nicht die unserer Partei. Die deut-  
schnationale Volkspartei und ihr Sprachrohr die „Lübecker Anzeigen“,  
können diese natürlich als Flagge Deutschlands nicht bezeichnen.  
Die schwarz-weiß-rote Fahne kann aber nicht jenen Schutz  
eingeführt ist. Weiter kann man verlangen, daß die Wirtin, bei  
denen wir Feste veranstalten, unsere Gesinnung achten und  
demgemäß auch flaggen. Die Wahrung an die Polizei, die ja  
gut gemeint war, können wir verstehen, sie entspricht nur einer  
ehrenwerten deutschnationalen Gesinnung. Man hätte gern den  
Besitzer der Festhalle scharf gemacht, vergißt aber, daß die Be-  
sitzer großer Wirtschaften auch auf Arbeiterkundschaft angewiesen  
sind. Im übrigen aber charakterisieren die „Lübecker Anzeigen“  
sich mit diesem Artikel selbst recht deutlich.

Der neue Brotpreis, der heute vormittag vom Landes-  
versorgungsausschuss festgesetzt wurde, beträgt für das 1900 Gramm  
schwere Grobbrot 6,50 Mk.; für Feinbrot im gleichen  
Gewicht 7,80 Mk. Dieser Preis tritt am 13. August in Kraft.  
Es werden Feinbrot zu 1900 Gramm und 950 Gramm gebacken.

## Die drei gerechten Kammacher.

Erzählung von Gottfried Keller.

2. Fortsetzung.

Am Morgen betrachtete er den wunderbaren Schlafgefährten  
mit äußerst aufmerksamem Wienen und sah, daß es ein ebenfalls  
nicht mehr junger Geselle war, der sich mit anständigen Worten  
nach den Umständen und dem Leben hier erkundigte, ganz in der  
Weise, wie er es etwa selbst getan haben würde. Sobald er dies  
nur bemerkte, hielt er an sich und verschmieg die einfachsten  
Dinge, wie ein großes Geheimnis, trachtete aber dagegen das Ge-  
heimnis des Bayers zu ergünden; denn daß derselbe ebenfalls  
eines besaß, war ihm von weitem anzusehen; wozu sollte er sonst  
ein so verständiger, sanftmütiger und gewiegener Mensch sein, wenn  
er nicht irgend etwas Heimliches, sehr Vorrechtliches vorhatte?  
Nun suchten sie sich gegenseitig die Wänter aus der Nase zu  
ziehen, mit der größten Vorsicht und Friedfertigkeit, in halben  
Worten und auf anmutigen Umwegen. Keiner gab eine vernünftige  
klare Antwort und doch wußte nach Verlauf einiger Stun-  
den jeder, daß der andere nichts mehr oder minder als sein voll-  
kommener Doppelgänger sei. Als im Laufe des Tages Fridolin,  
der Bayer, mehrmals nach der Kammer lief und sich dort zu  
schaffen machte, nahm Jobst die Gelegenheit wahr, auch einmal  
hinzuschleichen, als jener bei der Arbeit saß, und durchschüttelte  
im Fluge die Habeligkeiten Fridolins; er entdeckte aber nichts  
weiter, als fast die gleichen Siebensäckelchen, die er selbst besaß,  
bis auf die hölzernen Nadelbüchse, welche aber hier einen Fisch  
vorstellte, während Jobst scherzhafterweise ein kleines Bild-  
büchgen besaß, und statt einer zerfetzten französischen Sprachlehre  
für das Volk, welche Jobst bisweilen durchblätterte, war bei dem  
Bayer ein gut gebundenes Büchlein zu finden, betitelt Die kalte  
und warme Rüge, ein unentbehrliches Handbuch für Blaufärber.  
Darin war aber mit Bleistift geschrieben: Unterhand für die 3  
Kreizer, welche ich dem Kassauer geborgt. Hieraus schloß er, daß  
es ein Mann war, der das Seinige zusammenheftete, und spätere  
unwillkürlich am Boden herum, und bald entdeckte er eine Fellese,  
die ihm gerade so vorkam, als ob sie kürzlich herausgenommen  
wäre, und unter derselben lag auch richtig ein Schatz in ein altes,  
halbes Schnupftuch und mit Zwirn umwickelt, fast ganz so schwer  
wie der seinige, welcher zum Unterschied in einem zugebundenen  
Soden steckte. Zitternd drückte er die Backsteinplatte wieder zu-  
recht; zitternd aus Aufregung und Bewunderung der fremden  
Größe und aus tiefer Sorge um sein Geheimnis. Stracks lief er  
hinunter in die Werkstatt und arbeitete, als ob es gelte, die Welt  
mit Kammern zu versehen, und der Bayer arbeitete, als ob der  
Himmel noch dazu gekämmt werden müßte. Die nächsten acht Tage  
beschäftigten durchaus diese erste gegenseitige Auffassung; denn  
war Jobst fleißig und genüßig, so war Fridolin tätig und  
enthalten mit den gleichen bedenklischen Seuffzern über das  
Schmerze solcher Tugend; war aber Jobst heiter und weise, so  
leigte sich Fridolin pöhhast und flug; war jener bescheiden, so  
war dieser demütig; jener schau und ironisch, dieser durchtrieben  
und bornass-lattisch, und machte Jobst ein freudlich einseitiges

Gesicht zu einer Sache, die ihn ängstigte, so sah Fridolin unüber-  
trefflich wie ein Hiel aus. Es war nicht sowohl ein Wettkampf,  
als die Übung wohlbewusster Meisterschaft, die sie besaßte, wo-  
bei keiner verschmähte, sich den andern zum Vorbild zu nehmen  
und ihm die feinsten Züge eines vollkommenen Lebenswandels,  
die ihm etwa noch fehlten, nachzuahmen. Sie sahen sogar so ein-  
trächtig und verständnisvoll aus, daß sie eine gemeinsame Sache  
zu machen schienen, und gleichen so zwei tüchtigen Helben, die  
sich ritterlich vertragen und gegenseitig schätzen, ehe sie sich be-  
feinden. Aber nach kaum acht Tagen kam abermals einer zuge-  
reift, ein Schwabe, namens Dietrich, worüber die beiden eine  
stillschweigende Freude empfanden, wie über einen lustigen Maß-  
stab, an welchem ihre stille Größe sich messen konnte, und sie ge-  
dachten, das arme Schwabchen, welches gewiß ein rechter Tauge-  
nichts war, in die Mitte zwischen ihre Tugenden zu nehmen,  
wie zwei Löwen ein Affchen, mit dem sie spielen.

Aber wer beschreibe ihr Erstaunen, als der Schwabe sich ge-  
rade so benahm, wie sie selbst, und sich die Erkennung, die  
zwischen ihnen vorgegangen, noch einmal wiederholte zu dritt,  
woburdh sie nicht nur dem Dritten gegenüber in eine unverhoffte  
Stellung gerieten, sondern sie selbst unter sich in eine ganz ver-  
änderte Lage kamen.

Schon als sie ihn im Bette zwischen sich nahmen, zeigte sich  
der Schwabe als vollkommen eberbürtig und lag wie ein  
Schwefelholz so strack und ruhig, so daß immer noch ein bißchen  
Raum zwischen jedem der Gesellen blieb und das Deckbett auf  
ihnen lag, wie ein Papier auf drei Fingern. Die Lage wurde  
nun erstarrt, und indem alle drei gleichmäßig sich gegenüber-  
standen, wie die Winkel eines gleichseitigen Dreiecks, und kein  
vertrauliches Verhältnis mehr zwischen zweien möglich war, kein  
Waffenstillstand oder annütiger Wettkampf, waren sie allen Er-  
ntes beflissen, einander aus dem Bett und dem Haus hinaus zu  
bulden. Als der Meister sah, daß diese drei Käuze sich alles  
gefallen ließen, um nur zu bleiben, brach er ihnen am Lohn  
ab und gab ihnen geringere Kost; aber desto fleißiger arbeiteten  
sie und setzten ihn in den Stand, große Vorräte von billigen  
Waren in Umlauf zu bringen und vermehrten Bestellungen zu  
genügen, also daß er ein Heidengeld durch die stillen Gesellen  
verdiente und eine wahre Goldgrube an ihnen besaß. Er schaltete  
sich den Gurt um einige Löcher weiter und spielte eine große  
Rolle in der Stadt, während die törichten Arbeiter in der dun-  
keln Werkstatt Tag und Nacht sich abmühten und sich gegenseitig  
hinansarbeiten wollten. Dietrich, der Schwabe, welcher der  
jüngste war, erwies sich als ganz vom gleichen Holze geschnitten,  
wie die zwei andern, nur besaß er noch keine Ersparnis, denn er  
war noch zu wenig gereift. Dies wäre ein bedenklischer Um-  
stand für ihn gewesen, da Jobst und Fridolin einen zu großen  
Vorzprung gewannen, wenn er nicht als ein erfindungsreiches  
Schwäblein eine neue Zaubertracht heraufbeschworen hätte, um  
den Vorteil der andern aufzuwiegen. Da sein Gemüt nämlich  
von jeglicher Leidenschaft frei war, so frei wie dasjenige seiner  
Nebengesellen, außer von der Leidenschaft, gerade hier und nir-  
gends anders sich anzufesteln und den Vorteil wahrzunehmen,  
so erforderte der Gebundenheit, sich zu verstehen und um die Hand

einer Person zu werben, welche ungefähr so viel besaß, als der  
Sache und der Bayer unter den Fingern liegen hatten. Es ge-  
hörte zu den besseren Eigentümlichkeiten der Schwabe, daß sie  
um einiger Mittel willen keine häßlichen oder unliebenswür-  
digen Frauen nahmen; in große Verachtung gerieten sie ohnehin  
nicht, da es in ihrer Stadt keine reichen Erbinnen gab, weber  
schöne noch unichöne, und so behaupteten sie wenigstens die Tapfer-  
keit, auch die kleineren Broden zu verschmähen und sich lieber mit  
lustigen und hübschen Weisen zu verbinden, mit welchen sie einige  
Jahre Staat machen konnten. Daher wurde es dem ausspähen-  
den Schwaben nicht schwer, sich den Weg zu einer tugendhaften  
Jungfrau zu bahnen, welche in derselben Straße wohnte und von  
der er, im klugen Gespräche mit alten Weibern, in Erfahrung  
gebracht, daß sie einen Gültbrief von siebenhundert Gulden ihr  
Eigentum nenne. Dies war Jüs Bünglin, eine Tochter von acht-  
undzwanzig Jahren, welche mit ihrer Mutter, der Wäscherin,  
zusammenlebte, aber über jenes väterliche Erbeil unbedrängt  
herrschte. Sie hatte den Brie in einer kleinen lackierten Lade  
liegen, wo sie auch die Zinsen davon, ihren Taufzettel, ihren  
Konfirmationschein und ein bemaltes und vergoldetes Oster-  
bewahrte; ferner ein halbes Duzend silberner Teelöffel, ein Wa-  
terunser mit Gold auf einen roten durchsichtigen Glasstoff gedruckt,  
den sie Menschenhaut nannte, einen Kirzschtern, in welchem das  
Leiden Christi geschnitten war, und eine Büchse aus durch-  
brochenem und mit rotem Taft unterlegten Eisenblech, in welcher  
ein Spiegeldchen war und ein silberner Fingerhut; ferner war  
darin ein anderer Kirzschtern, in welchem ein winziges Reges-  
spiel Klapperie, eine Nuh, worin eine kleine Muttergottes hinter  
Glas lag, wenn man sie öffnete, ein silbernes Herz, worin ein  
Nichtschwämmchen steckte, und eine Bonbonbüchse aus Zitronen-  
schale, auf deren Deckel eine Erdbeere gemalt war, und in welcher  
eine goldene Stednadel auf Baumwolle lag, die ein Bergk-  
meinnicht vorstellte, und ein Medaillon mit einem Mann-  
ment von Haaren, ferner ein Bündel vergilbter Papier, mit  
Rezepten und Geheimnissen, ein Fläschchen mit Hoffmanns-  
tropfen, ein anderes mit kölnischem Wasser und eine Büchse  
mit Moiskus; eine andere, worin ein Endchen Marbledred lag,  
und ein Körbchen, aus wohlriechenden Salmen geflochten, so-  
wie eines, aus Glasperlen und Gewürzstäbchen zusammengeleht;  
endlich ein kleines Buch, in himmelblaues geripptes Papier ge-  
bunden mit silbernem Schnitt, betitelt: Goldene Lebensregeln  
für die Jungfrau als Braut, Gattin und Mutter; und ein Traum-  
büchlein, ein Briefsteller, fünf oder sechs Liebesbriefe und ein  
Schnepper zum Ablesen; denn einst hatte sie ein Verhältnis  
mit einem Barbiergefellen oder Chirurgiegehilfen gepflogen,  
welchen sie zu ehelichen gedachte; und da sie eine geschickte und  
überaus verständige Person war, so hatte sie von ihrem Lieb-  
haber gelernt, die Ader zu schlagen, Blutigel und Schröpfköpfe  
anzusetzen und dergleichen mehr und konnte ihn selbst sogar schon  
rasieren. Allein er hatte sich als ein unwürdiger Mensch gezeigt,  
bei welchem leichtlich ihr ganzes Lebensglück aufs Spiel gesetzt  
war, und so hatte sie mit trauriger aber weiser Entschlossenheit  
das Verhältnis gelöst.

(Fortsetzung folgt.)

**Stadttheater.** Am Dienstag wird anstatt Wallensteins Tod, Wallensteins Lager und Piccolomini gegeben. Die Direktion hatte die Absicht, nicht in jedem Abonnement die Loge zu geben, da diesbezüglich sehr viele Anfragen an die Theaterleitung gelangten, kommt dieselbe gerne den Wünschen nach und wird in jedem Abonnement die Loge ausfallen. — Nordische Woche für das Nordische Konzert am 8. September ist der ausgezeichnete Pianist Walter Gieseking, Hannover, gewonnen, dem der Ruf eines ganz hervorragenden Künstlers vorangeht. Herr Gieseking spielt das a-moll-Konzert von Grieg.

**pb. Diebstähle.** In vorletzter Nacht sind mittels Einbrüches in der Burgstraße 1050 Zigaretten, Marke Don Pablo und Carmen, 500 Zigaretten, Marke Käth, sowie 120 Tafeln Schokolade gestohlen worden. — Am 8. d. M., zwischen 7 und 8 Uhr morgens, sind aus einem beim Schuppen 2 befindlichen Eisenbahnwagen 232 Pakete a 10 Schachteln Streichhölzer und in gleicher Nacht aus dem Keller eines Grundstücks in der Schulstraße etwa 170 Eier und eine geräucherete Mettwurst gestohlen worden. — Aus dem Keller eines Hauses in der Königstraße ist am 7. d. M. eine lackierte blaue Sportkarre gestohlen worden. — Montag nachmittags wurde ein auf dem Hausflur Mengstraße 224 hingestelltes gewöhnliches Fahrrad mit schwarzem Gestell und ebensolchen Felgen, weißen Korbfahrradgriffen und neuer Bereifung gestohlen.

**pb. Ermittelt und festgenommen** wurde ein jugendlicher Arbeiter aus Köpenick, der einem Reisefreund eine Brieftasche mit 900 Mark und ein Fernglas gestohlen hatte. — Ebenfalls festgenommen wurde eine polnische Arbeiterin, die ihrem Arbeitgeber in Schlutup Bettzeug und verschiedene Wäscheartikel gestohlen hatte.

**Vadeanstalt Falkenbaum.** Wassermärme am 9. August morgens 6 Uhr 19°, mittags 12 Uhr 19° Celsius.

## Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Zur Lohnbewegung der Verkehrsarbeiter. In den am Freitag geschlossenen Verhandlungen ist folgende Einigung zustande gekommen: Der Spruch des Schlichtungsausschusses vom 30. Juli, wonach a) für August 1921 für männliche erwachsene Angestellte 70 Mk., für ledige weibliche und jugendliche männliche Angestellte 40 Mk., b) für September 1921 für männliche erwachsene Angestellte 60 Mk., für ledige weibliche und jugendliche männliche Angestellte 30 Mk. als Zulage gewährt wird, und c) die Kinderzulage von 22,50 Mk. für ein Kind und Monat auf 30 Mk. erhöht wird, wird grundsätzlich von beiden Seiten unter folgender Bedingung anerkannt: Die Erhöhung der Kinderzulage vom 1. Mai 1921 an. Auf die Rückzahlung der seit 1920 monatlich im voraus gezahlten Wirtschaftsbeträge verzichtet die Gesellschaft. Die Arbeitnehmer behalten sich vor, vom September 1921 an weitere Lohnforderungen zu stellen, wenn sich eine unvorhergesehene Verschärfung der Leistung herausstellt. Die Preiserhöhung gilt als vorübergehend. Zu berücksichtigen ist, daß bei etwaigen Septemberforderungen die Zulage für September um 20 Mk. höher ist, als für August. Am Montag fand die Urabstimmung über den Spruch des Schlichtungsausschusses statt. Die Belegschaft beteiligte sich fast reslos an der Abstimmung. Das Ergebnis ist folgendes: Abgegebene Stimmen 5470, für Annahme des Antrags 4491, dagegen 982, ungültig 27 Stimmen. Damit ist die Lohnbewegung der Verkehrsarbeiter beendet.

**Hamburg.** Eine auffaßerregende Verhaftung. Die Hamburger Montagblätter brachten die Meldung, daß der Mörder des Grafen Tisza, der frühere ungarische Offizier Gernyat, in Hamburg verhaftet worden sei. Er habe in Hamburg in einer Autowerkstatt gearbeitet und habe seine Briefe postlagernd erhalten. Der überaus reiche Briefwechsel aus Wien und Budapest sei der Polizei aufgefallen, und als die Briefe beschlagnahmt und geöffnet wurden, hätten sie zur Entdeckung des lange gesuchten politischen Verbrechers geführt. Wie das „Echo“ erzählt, ist die Verhaftung auf Gerüchten der ungarischen Gesandtschaft in Berlin erfolgt, ob zu Recht, das muß erst nachgewiesen werden. Die Frau des Verhafteten befindet sich ganz entschieden, daß ihr Mann der lang gesuchte Mörder Tiszas sei. Gegen die Beschuldigung spricht auch die Tatsache, daß sich Gernyat sowohl in Wien wie auch in Hamburg unter seinem richtigen Namen aufgehalten hat.

**Hamburg.** Die Kollage der unteren Postbeamten. Die unteren Beamten und Angestellten der Post hatten sich im Gewerkschaftshaus in Hamburg zu einer öffentlichen Versammlung zusammengefunden. Ueber: Die drückende Notlage der Postbeamten und -angestellten referierte Postfachverwalter. Er wies darauf hin, daß die unerträgliche Notlage in den unteren Schichten der Beamtenschaft sich am stärksten fühlbar mache, denn die niedrigen Löhne betragen hier kaum 600 Mark im Monat; selbst mit 805 Mk. monatlich sei es ein Unglück, eine Familie zu ernähren. Die gleichprozentige Lohnerhöhung sei nicht berechtigt; der untere Beamte empfinde die Lohnerhöhung schlimmer als der höhere Beamte. In drei einstimmig angenommenen Entschlüssen, die an den Vorstand des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten in Berlin, an den Reichspräsidenten und an den Reichspräsidenten gerichtet sind, wurden u. a. ganz ähnliche Forderungen erhoben wie sie vor wenigen Tagen die hamburgische Beamtenschaft aufgestellt hat. Die Ver-

sammlung beschloß, den Gehaltszettel eines Postboten durch Plakate zu veröffentlichen, um dem Publikum ein getreues Bild der Notlage zu geben. Schatz verurteilt wurde weiter, daß weder ein Vertreter des Reichsverbandes, noch einer der Ortsgruppe Hamburg erschienen sei. Ungerecht wurde, aus dem Reichsverband auszutreten und sich dem Deutschen Verkehrsband anzuschließen. Um die Forderungen mit aller Energie zu vertreten, wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, die nach Berlin gefandt werden soll.

**Warnemünde.** Ein großer Diebstahl ist im „Hotel Kurhof“ verübt worden. Einer dort wohnenden Dame wurde eine Geldsumme von 3600 Mark und Schmuckgegenstände im Werte von 100.000 österreichischen Kronen gestohlen. — Eine Spieler-gesellschaft im „Lusthaus“ wurde von der Polizei ausgehoben. Trotz dieses wissenschaflichen Floriers der Spielbetriebe aber zur Nachtzeit lustig weiter. Am gegen Ueberraschungen gesichert zu sein, wird die Haustür schon vor der Zeit geschlossen und die Fenster werden durch schwarze Vorhänge verbunkelt. Um den eigentlichen Charakter des Lokals zu maskieren, werden in der Veranda abends sogenannte Geschicklichkeitsspiele gespielt.

## Lübeker Bürgerschaft.

s. Lübeck, den 8. August.

Beginn 6,20 Uhr. Vorsitz: E. Schenck. Der Vorsitz verliest u. a. ein Schreiben vom Zentralverband der Angestellten und Lübecker Beamtenschaft, worin die Mitglieder der Bürgerschaft zu der am Mittwoch abend stattfindenden Versammlung der Beamten eingeladen werden.

**Antrag 1: Bewilligung von Mitteln in Anlaß der Aufhebung des Rettungsaufes auf dem 3. Fischerbuden.** — Wandke (Dem.) hält die Sache nicht für genügend geklärt und beantragt Kommissionsberatung. — Kanitz (D. R.) tritt für die Unteränderung des Beschlusses ein und will die Entscheidung des Gerichts in der Strafsache gegen den früheren Leiter der Anstalt abwarten. Vorläufig müsse aber das Gehalt bewilligt werden. Er bemängelt, daß die Erziehung in andere Bahnen gelenkt und daß religiöse und andere Bilder aus dem Gebäude entfernt worden sind. Der Mann habe 19 Jahre treu seine Pflicht erfüllt, daher sei der Staat verpflichtet, das Gehalt vorläufig weiter zu zahlen. Es sei eigentümlich, daß die Sozialdemokraten, die sich sonst enthielten, wenn einer auf die Strafe gesetzt würde, in diesem Falle anders handelten. (Lachen und Zuruf bei den Soz.) — Haut (Soz.) will auf die Anzapfungen des Vorredners nicht näher eingehen. Das Gerichtsverfahren könne ruhig abgewartet werden. Es handelt sich hier um eine Entlassung, wie sie häufig, namentlich beim Landesverwaltungsamt, vorgekommen sind. Dort mußten Hunderte von Angestellten ohne Weiterzahlung des Gehalts entlassen werden und niemand hat sich hier darüber entäußert. Die Demissionen treten darum für diesen Herrn ein, weil er zu ihnen gehört. Der Mann ist ordnungsmäßig gefühndigt und muß sich nur wie jeder andere damit abfinden. — Schermer (Soz.) unterstützt die Ausführungen des Vorredners und verweist darauf, daß der Staat Lehrer, die am Kriege teilgenommen haben, kündigte, um für ganz kurze Zeit das Gehalt zu sparen. Dagegen hatten jene Herren von rechts nichts einzuwenden. Uebrigens war der Leiter der Anstalt kein Staatsbeamter, sondern stand im Privatdienst. — Dr. Wittern (fraktl.) tritt für die Bewilligung des Gehalts ein. Die Entlassung sei nur darum erfolgt, weil andere Wege in der Anstalt eingeschlagen wurden. — Der Antrag Wandke wird abgelehnt und die Vorlage unter Streichung des Absatz 1 (Gehalts) in zweiter Lesung angenommen.

**2. Antrag: Mittel für die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben.** — Wird angenommen.

**Antrag 3: Nachbewilligung für das Wohlfahrtsamt.** — Löwig (Soz.): Wir werden für die Vorlage stimmen, wünschen aber, daß die verschiedenen Kommissionen im Wohlfahrtsamt neu besetzt werden. Redner stellt an den Senat das Gesuchen, der Bürgerschaft baldigst eine Vorlage betreffs Neuwahl dieser Kommissionen entgegenzubringen. — Die Vorlage wird angenommen, ebenso auch der Antrag Löwig.

**Antrag 4: Beihilfe für das Arbeiterinnenheim.** — Dreger (Soz.) zollt der Tätigkeit dieses Heims warme Anerkennung und dankt allen, die Mittel für die Erhaltung dieser Einrichtung hergegeben haben. — Die Vorlage wird angenommen.

**Antrag 5: Nachtrag zu der Vorlage vom 21. April 1920, betreffend Veränderung des Wahlverfahrens für die Gewerkschaften.** — Wird angenommen.

**Antrag 6: Weitergewährung der Altersunterstützung an die Witwe des früheren Bureaudieners Kestelhof.** — Wird angenommen.

**Antrag 7: Altersunterstützung an die Witwe des früheren Oberlehrers Dr. Barth.** — Wird angenommen.

**Antrag 8: Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose.** — Frau Landau (Dem.) hält es für ungerecht, daß die Frauen geringere Unterstützung als die Männer erhalten. — Der Antrag wird angenommen.

**Warnemünde.** Schweres Bootsunglück. Am Sonntag nachmittags wollten vier Fischer von 18 bis 20 Jahren ein Ruderboot zu einer Fahrt in See mieten. Der Vermieter lehnte es ab, bei dem klärischen Wetter das Boot zu vermieten. Zum Schein ließen die jungen Leute von ihrem leichtsinnigen Vorhaben ab, verließen dann aber doch, auf See hinauszufragen. Bei der Ostküste lief das Boot quer zu der harten See und kenterte. Zwei Warnemünder, namens Stabbe und Voss, die innerhalb der Hafeneinfahrt mit einem jungen Mädchen in einem Boote ruderten, sahen ihre Begleiterin schnell an Land und führen zur Hilfe hinaus. Drei der jungen Leute hielten sich am Klöben treibenden Boot fest. Von den dreien wurde einer durch einen harten Brecher fortgemacht und konnte nicht mehr gerettet werden. Abgeborgen wurden die beiden Warnemünder Teilnehmer der Unglücksfahrt, namentlich Susenmühl und Postow, während der 18jährige Hans Kling die als Süßholz bei Lübeck und der 19jährige Otto Stack aus Timmendorfer Strand ertrunken sind. Das Boot mit den Geretteten konnte die Hafeneinfahrt nicht wieder gewinnen und wurde gleich dem kenterten Boote durch ein Motorboot eingeschleppt.

**Antrag 9: Erlaß eines dritten Nachtrages zum Gesetz vom 20. September 1905, betreffend die Errichtung einer Landwirtschaftskammer.** — Wird angenommen.

**Antrag 10: Instandsetzungsarbeiten in der Markthalle.** — Wird angenommen.

**Antrag 11: Schaffung weiterer Gräber auf dem Ehrenfriedhof** wird, nachdem Frau Dr. Landau (Dem.) den Wunsch geäußert hat, daß eine Verunreinigung des Denkmals auf dem Ehrenfriedhof vermieden wird, angenommen.

**Antrag 12: Fahrpreiserhöhung bei der Lübecker Straßenbahn.** — Klein (Dem.) betont: Die Behörde wolle die Schülerkarten Sonntags nicht mit einem Zuschlag belasten. Das sei nicht in der Vorlage ausgeführt. Redner stellt einen entsprechenden Antrag. — Senator Dimper stimmt Klein zu. — Haut (Soz.) stellt den Antrag, einen Ausschuss zur Prüfung der ganzen Straßenbahnverhältnisse einzusetzen. Die Vorlage wird mit dem Antrag Klein und Haut angenommen.

**Antrag 13: Nachbewilligung für die Seifenfabrik Streckitz** wird nach einer kurzen Bemerkung von Neufeld (Dem.) angenommen.

**Antrag 15: Verstärkung der Mittel für die Strafanstalt Gauehof.** — Wird angenommen.

**Antrag 16: Vierter Nachtrag zum Fischereigesetz.** — Dr. Wittern (fraktl.) bespricht in längerer juristischer Ausführung die Senatsvorlage und die von der Bürgerschaft früher beschlossene Fassung, die der Senat als überspannt bezeichnet habe. Redner beantragt schließlich den Abs. 1 des § 34 zu streichen. — Senator Mehrlein erwiderte: Die Frage sei eingehend geprüft. In der Sache selbst sei man sich einig. Aus tatsächlichen Gründen aber sei die von Dr. Wittern beantragte Streichung nicht zu empfehlen. — Dr. v. Brocken (D. R.) ist aus den gleichen Gründen gegen die beantragte Streichung. — Der Antrag Dr. Wittern wird abgelehnt; die Vorlage angenommen.

**Antrag 17: Bewilligung des Gehalts des Seefahrtslehrers Strinz** für das Postjahr während der Zeit der Verurlaubung in fiskalischen Angelegenheiten. — Neufeld (Dem.) bemängelt das eigenmächtige Vorgehen der Behörde. — Dreger (Soz.) will mit solchen Kleinigkeiten die Bürgerschaft nicht belastet wissen. — Haut (Soz.) ist anderer Meinung, da es sich um einen Betrag von 13.000 Mark handle. Er beantragt, die Vorlage dem Haushaltsausschuss zur Prüfung zu überweisen. — Senator Mehrlein hat gegen die Bewilligung nichts einzuwenden. Strinz erhalte vom Postjahr sein Gehalt nur für die Zeit, wo er in der Fischerei tätig ist. — Dreger (Soz.): Es ist doch schließlich gleich, ob das Gehalt von dieser oder jener Behörde gezahlt wird. Der Staat muß das Gehalt doch hergeben. Die Zeit der Bürgerschaft ist zu kostbar, um solche Kleinigkeiten zu behandeln. — Wandke (Dem.) befürchtet, daß dieses Beispiel Nachahmung finden kann. — Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

**Antrag 18: Beschaffung des dritten Automobilkraftwagens.** — Ambrösius (Dem.) hält die Anschaffung des Autos nicht für dringend nötig. Man könne mit der Vierzylinder des Krafttransportes regeln und sie mehr auf den Tag vertiefen. Nicht in allen Fällen sei eine Dringlichkeit vorhanden. Im Durchschnitt entfallen auf den Tag nur 10 Transporte. — Senator Mehrlein: Der eine Wagen wird nur bei ansteckenden Krankheiten verwendet. Die beiden Autos haben zwar nicht ständig, aber in manchen Stunden doch sehr viel zu tun. Schon lange wurde der Wunsch geäußert, auch Transporte aus der Umgegend auszuführen. Das ist unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich. Die bisherigen Einnahmen decken ungefähr die Ausgaben. — Niemann (Dem.) ist für Bewilligung der Mittel, da der Wagen dringend benötigt würde. — Prof. Dr. Roth (D. R.)

## Gottfried Keller

### „Die Leute von Seldwyla“.

Zur Einführung in „Die gerechten Kammacher“.  
Von Dr. R. Pieth.

Der Literarische Teil dieses Blattes bringt jetzt mit der humoristisch-literarischen Novelle „Die drei gerechten Kammacher“ das gleich wertvolle Gegenstück zu Kellers anfangs hier ebenfalls abgedruckter tragischer Vorgeschichte „Romeo und Julia aus dem Dorfe“. Beide Novellen bilden Hauptpunkte in der gesamten deutschen Erzählungskunst, sie sind unzweifelhaft die beiden schönsten und meistgelesenen Erzählungen aus dem Novellenzyklus Gottfried Kellers „Die Leute von Seldwyla“. Dieser Novellenzyklus erschien in zwei Teilen, die zeitlich weit von einander liegen. Der erste Teil, der vier Erzählungen und ein Märchen enthält und in den Jahren 1838/39, d. h. noch zur gleichen Zeit mit dem Schluß des „Grünen Heinrich“, des selbstverliebten Meierromans Kellers, erschien, wurde 1856 veröffentlicht; der zweite Teil hingegen wurde erst bei der Herausgabe des ersten Teiles im Jahre 1874 herausgegeben, obgleich hier dieser fünf Erzählungen bereits im Jahre 1856 im Geiste des Dichters fertig waren und zwei von ihnen, nämlich „Die mißtrauischen Liebesbriefe“ und „Der Schmied seines Glückes“, schon im Jahre 1855 niedergeschrieben wurden.

Die launige Einleitung der Verammlung führt uns in kurzen treffenden Strichen in das Ländchen, das unsterbliche „Seldwyla“, das des Dichters Phantasie als Rahmen für seine zeitlosen Erzählungen hat, ein. Es sieht nirgendwo, allein es ist die typische Kleinstadt — nicht nur der Schweiz, obgleich das Lokalwort das der kleinstädtischen Kleinstadt ist.

Von dem Plane, zwei dieser Erzählungen des ersten Teiles der „Leute von Seldwyla“ in seinen autobiographischen Roman „Der grüne Heinrich“ aufzunehmen, hatte Keller Abstand genommen. Die neuen Momente in diesen beiden Erzählungen „Ranzig der Schmied“ und „Frau Regel Amrain und ihr Jüngler“, nämlich die Schwärmer, das Schmalen und z. T. auch die Politik, die in des Dichters Leben eine Rolle spielten, waren in dem Roman abschließend ausgeglichen worden; hier kommen sie in Novellenform zur Darstellung. Ranzig der Schmied ist der Dichter selbst; wir erleben, wie der z. T. bedingten Signifikanz neigende Junge, der mit Regel Amrain in dem unruhigen Hausstand seiner reichlichen Mutter erogen wird, aber in die Welt hinausgeht, von

einem toten Weibe und einem Löwen vom Schmalen kuriert wird. Das erzieherische Gegenstück „Frau Regel Amrain und ihr Jüngler“ zeigt, wie eine zierliche, tapfere, von ihrem Manne treulos verlassene Mutter für ihre Kinder sorgt und ihren Jüngsten zu einem aufrechten Demokraten der Tat und zu einem wackeren soliden Menschen erzieht.

So frei der Dichter in diesen beiden Novellen Selbsterlebtes gestaltet und der dichterischen Phantasie den breitesten Spielraum gab, sind diese beiden Stücke dennoch als persönliche Erlebnis-erzählungen dem Grünen Heinrich Stofflich zugewachsen. Nachdem der Dichter so den ihm förmlich bekränenden Rest seiner Jugendgeschichten abgetan hatte, war das Feld frei für die Darstellung fremder Schicksale. Als köstliche Stücke aus Gottfried Kellers Feder folgten „Romeo und Julia aus dem Dorfe“ und die „Leute von Seldwyla“ voller barocken Humors. Die drei gerechten Kammacher“. Die höchste künstlerische und menschliche Reife bringt aus diesen beiden schönsten Geschichten. Der Dichter steht hier auf der Höhe seines künstlerischen Schaffens. In der ersten Novelle, deren Motiv, wie schon der Titel andeutet, von Schate-peare stammt, hat der Dichter bewiesen, daß ein Meister aus eigenen künstlerisch von einem anderen Meister scheinbar restlos erschöpfen Stoff in einer anderen Form, in neuer Beleuchtung und sozialer Verarbeitung zu einem gleichwertigen, völlig neuen Kunstwerke umzuwandeln vermag. Der Dichter selber schätzte seine humoristische Meisternovelle „Die drei gerechten Kammacher“ höher ein als die tragische Vorgeschichte; ja, die Beurteilung, die diese humoristische Novelle jenerzeit fand, nahm Keller förmlich als seinen eigenen Maßstab für die Beurteilung, die er dem jeweiligen Rezensenten zuteil werden ließ. In der Tat hatte die deutsche Literatur dieser Geschichte keine gleichwertige humoristische Novelle an die Seite zu stellen. Mit genialer Laune und barockem Humor, der bis zum verwegenen Hebermut geht, meistert der Dichter seinen Stoff, ohne bei aller Phantasie den Boden der Wirklichkeit zu verlassen. Die Satire läßt ein tolles Lachen aufspringen, das in dem grauenhaften satirischen Schluß den Punkt hinter die einleitende Wahrheit setzt, daß nicht drei Gerechte lange unter einem Dache leben können, ohne sich in die Haare zu geraten. Es ist hier aber nicht die himmlische Gerechtigkeit gemeint oder die natürliche Gerechtigkeit des menschlichen Gewissens, sondern jene satirische Gerechtigkeit, welche aus dem Vaterunser die Bitte herleitet hat: „Und vergib uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unsern Schuldnern!“ Weil sie keine Schulden macht und auch keine vergeben hat, welche niemandem zuleibt, aber auch niemandem zu Gefallen, wohl arbeiten und erwerben, aber nichts ausgeben will und an der Arbeitstrenne nur einen Nutzen, aber

keine Freude findet. Solche Gerechte werfen keine Laternen ein, aber sie zünden auch keine an und kein Licht geht von ihnen aus.“ Es zeugt von der genialen Meisterschaft Kellers, daß die Lebendigkeit der Handlung, in deren Mittelpunkt drei Tröpfe solcher Art stehen, keinen Augenblick ins Stöcken gerät, obgleich die „Helden“ wärschlich nicht zur Begeisterung anregen, und daß im Rahmen ihrer verspotteten Philisterhaftigkeit jedem noch wieder seine besondere Note in der Lächerlichkeit ihres Gebahrens gegeben ist. — Das letzte Stück der ersten Sammlung der „Leute von Seldwyla“, das man mit Recht „das letzte richtige Märchen der Romanik“ genannt hat, ist „Spiegel des Käthchen“. Wie diese Novelle aus dem Rahmen des ersten Teiles heraustritt, so die erste historische Novelle Kellers „Die Tegen“ aus dem zweiten Teile der „Leute von Seldwyla“. Die übrigen vier Novellen dieses zweiten Teiles waren, wie wir sahen, vom Dichter während seines Berliner Aufenthaltes, und also fast zwei Jahrzehnte vor der Veröffentlichung konzipiert und z. T. schon niedergeschrieben worden, zumeist schließen sie sich im Charakter an „Die drei gerechten Kammacher“ an: Die Satire auf den poetischen Dilettanten und „mißbrauchten Liebesbriefe“ in dem Motiv, die Satire auf geistlich, mehr sein zu wollen als man ist. Kellers Meisterhand schuf aus diesem alten Vorwurf ein reizendes Stückchen voll herzerfröhlichen Humors, in dem er seinen Helden, den armen Schneidergesellen, gegen seinen Willen in die Rolle eines Grafen geraten läßt. Die Situationskomik, zu der diese Wandlung des armen Tüppelbruders führt, wird durch eine Reihe von Zufällen und vor allem durch die Eier der Gesellschaftskreise der Kleinstadt nach vornehmerem Verkehr hervorgerufen. Ein lustiger, behaglicher Schluß läßt, aller Unwahrscheinlichkeit zum Trotz, das Schneiderei ein erfolgreicher Entdeckung seines wahren Standes über die blamierte Spielergesellschaft nicht nur lassen, sondern auch den Hochzeits-Sieg davon tragen. — Zu diesen humorvollen Novellen gesellte der Dichter „Das verlorenen Lachen“ als letzte Novelle dieser Sammlung. Es ist eine schwächere Erzählung aus der Zeit des Grünungs- und Spekulationsfiebers, die Keller zwar schon lange konzipiert hatte, der er aber erst während des Druckes das Gewand gab. Die dritte „Seldwylaer Luft“ mit ihren humorvollen Schnurren und ihrem gesunden Spotte verfliegt hier; die Behaglichkeit hat keinen Raum mehr; eine neue Zeit lüftet sich an.

tritt ebenfalls für die Bewilligung ein. — Schröder (Soz.): Ein schnelle Bewilligung liegt im Interesse der Land- und Stadtbewohner. Unter Hinweis auf einen kürzlich sich zugetragen Fall befürwortet Hedner die Annahme der Vorlage. — Neufeld (Dem.) glaubt, daß die Sache wirtschaftlicher aufgegeben werden könne und wünscht Kommissionsberatung. — Timmermann (Soz.): Auch die Ortskrankenkasse hat Mangel festgestellt, daher muß die Vorlage angenommen werden. — Frau Dr. Hartmann (Dem.) befragt sich über die Zustände auf dem Meeresbau. Die Abfertigung gehe zu langsam; es müßten mehr Beamte angestellt werden. Die Behandlung des Publikums auf dem Bahnbureau lasse viel zu wünschen übrig. Etwas mehr Höflichkeit und Entgegenkommen wäre dort am Platze. Die Beamten ließen die Antragsteller warten und beschäftigten sich während der Zeit mit reinen Privatangelegenheiten. — Senator Mehllein erklärt, daß die unzureichenden Zustände auf dem Meeresbau mit der Fertigstellung des neuen Gebäudes verschwinden. Gute Behandlung sei den Beamten eingeschärft worden. Sie würden nunmehr nochmals einen solchen Hinweis erhalten. — Der Antrag auf Ausschußberatung wird abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Antrag 19: Mittel für die Aufstellung der Wählerlisten für die Bürgerwahlen. — Amrosius (Dem.) wünscht, daß die Arbeiten schon nachmittags vorgenommen werden, um Platz zu sparen. Vor allem aber sollten Erwerbslose und Beamte, die in wirtschaftlicher Bedrängnis sind, zu den Arbeiten genommen werden. — Senator Mehllein betont, daß Erwerbslose, so weit als möglich, beschäftigt werden sollten. Das sei auch bei der Aufstellung der Reichstagswählerlisten geschehen. Man dürfe aber nicht verpassen, daß die Listen sorgfältig ausgestellt sein müssen und daher nicht jeder für die Arbeit zu gebrauchen sei. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 20: Verbesserung der Vordruckerwerke. — Schröder (Soz.) rügt die schlechte Beschaffenheit des Weges von der Klappbrücke bis zum Schlachthof. Die Baubehörde sollte solche Mängel schneller abstellen. Auch müsse die Volkshochschule auf Verbesserung dringen. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 21: Vermehrung der Senatspräsidentenstellen am Hanseatischen Oberlandesgericht. — Wird angenommen.

Antrag 22: Häufige Veränderungen im Geschäftsbetrieb. — Wird auf Antrag Wandke (Dem.) einem Ausschuss überwiesen.

Antrag 23: Freilegung eines weiteren Fußweges von Rüdlich nach Herrenwyl. — Dr. Neumark (Dem.): Die Vorlagen sollten früher eingebracht werden und nicht erst dann, wenn die Arbeiten bereits halb fertig sind. Redner stellt den Antrag, der Senat möge der Bürgerchaft eine Vorlage über den Ausbau der Straßenbahn von Herrenwyl bis Rüdlich entgegenbringen. — Der Antrag wird angenommen, ebenso auch die Senatsvorlage.

Antrag 24: Umänderung der elektrischen Anlagen in den öffentlichen Gebäuden. — Wird angenommen.

Antrag 25: Freistellen an deutschen Privatschulen in den abgetrennten Distrikten. — Wird angenommen.

Antrag 26: Bürgerchaft für ein der Wohnungsfürsorgegesellschaft in S. S. in Lübeck zu gewährendes Darlehen. — Wird angenommen.

Antrag 27: Anschließung von Fortgebäuden an die elektrische Lichtleitung. — Wird angenommen.

Antrag 28: Befreiung des Enteignungsrechtes an den Landesversicherungsanstalt Lübeck. — Wird angenommen.

Antrag 29: Nachbewilligung für die Betriebsausgaben. — Schulmerich (Dem.) hält die Begründung der Vorlage für dürftig. Es sind ganz erhebliche Nachbewilligungen, die gefordert werden. Die Summe beträgt rund 11 Millionen. Einzelne Posten weisen den 3- bis 4fachen Betrag auf. Sch möchte gerne wissen, ob die Betriebsausgaben sich überhaupt rentieren. — Senator Dimpfer entgegnet, daß infolge der ungeschunden Kostenpreiserhöhung von den Forderungen überzogen sein könne. Trotzdem sei noch ein Ueberschuß vorhanden. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 30: Nachbewilligung für den Erweiterungsbau des Elektrizitätswerkes Mengstraße. — Wird angenommen.

Antrag 31: Nachbewilligung für die Versorgung des lübeckischen Landgebietes mit elektrischem Strom. — Wird angenommen.

Dann wird der vom Bürgerausschuss in der nachstehenden abgeänderten Fassung der Bürgerchaft zur Annahme empfohlener Antrag Dregger verhandelt: „Die Bürgerchaft ersucht den Senat, in den Haushaltsplan des Jahres 1921 der „Lübecker Volkshochschule“ den Betrag von 10 000 Mk. für die Ausbildung der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Wirtschaftsgebiet Lübeck mit der Einschränkung, daß die zur Verfügung gestellten Mittel nur im Einklang mit der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verwendet werden dürfen, zur Verfügung zu stellen.“

Schwabrow (Dem.) stellt und begründet einen Antrag, wonach der Ausschuss der Volkshochschule allein über die Verwendung der Gelder beschließen soll. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dürfe darüber nicht bestimmen, da die Mittel zur Ausbildung aller Betriebsräte verwandt werden sollen. — Dregger (Soz.) tritt dem Antrag Schwabrows ab. Die Betriebsräte seien nur im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengefaßt. Die Mittel werden für die Allgemeinheit verwandt, wir wollen aber dabei gehört werden. Man solle aus Gründen der Gerechtigkeit dem Antrage zustimmen und sich nicht von parteipolitischen Gründen leiten lassen. — Dr. Witte ist gegen das Mitbestimmungsrecht des Allgem. Deutsch. Gewerkschaftsbundes über die Verwendung des Geldes. Solche Praxis dürfe nicht eingeführt werden. (Zuruf: Haben Sie früher stets so gemacht.) — Pauels (Dem.) tritt dafür ein, daß auch die bürgerlichen Verbände ein Mitbestimmungsrecht erhalten. — Dregger (Soz.) befürwortet nochmals seinen Antrag, der dagegen von Dr. Neumark (Dem.) bekämpft wird. — Schwabrow (Dem.) befürwortet die Annahme seines Antrages. — Dr. Witte stellt darauf den Antrag, der Volkshochschule 10 000 Mk. zur Ausbildung der Betriebsräte zu überweisen. — Der Antrag Dregger wird in der vom Bürgerausschuss vorgeschlagenen Fassung angenommen. Alle übrigen Anträge werden abgelehnt.

Schluß 3,10 Uhr.

## Gewerkschaften.

### Die Lehren eines Streiks.

Das Bankrott in der Tischschlosserei hat jedoch einen großen Kampf verloren. Nach fünfwöchigem Streit mußte es sich dem Diktat der Bankherren fügen und die Arbeit wieder aufnehmen. Es gelang ihnen nicht nur nicht, den Banken ein Mitbestimmungsrecht in den Personalfragen abzuringen, die Unternehmer gaben nicht einmal die Zusage, daß sie keinerlei Maßnahmen gegen sie vornehmen werden.

Ueber diese Kapitulation sagt unser Lüfiger Parteiblatt, daß die Beamten zwar über eine ziemlich straffe und geschlossene Organisation verfügen, daß dieser Organisation aber die wichtigsten Vorbedingungen für die hegreiche Durchführung eines Kampfes fehlt, nämlich der wirklich gewerkschaftliche Geist. Dieser Wortwurf trifft in der Hauptsache die Tischschlosserei, daß sie immer noch im bürgerlichen Fahrwasser segeln und nicht die schlechtesten Stützen der nationaldemokratischen Partei, der Partei des großkapitalistischen Bürgertums sind. Sie habe es verstanden, sich auf die einzig mögliche Grundlage zu verlassen, die ihnen in ihren sozialen Kämpfen Hilfe bringen kann, nämlich auf die Arbeiterchaft. Sie haben in der Hauptsache auf die soziale Einsicht der Unternehmer gebaut, die ihnen schon als Belohnung für die überlässige politische Haltung entgegenkommen würden. Dieser

Tendenz entsprach auch der Charakter der Organisation der Bankbeamten, in der sich neben den einfachen Beamten auch ihre unmittelbaren Vorgesetzten, die Profuristen, befinden. Unter Branderblat schlägt den Bankbeamten vor, in dieser Beziehung unzulässig und keine Träne darüber zu verlieren, daß die Banken den Organisationen den Austritt der Profuristen diktieren haben. Dabur würde zwar die Zahl der Mitglieder um ein Weniges abnehmen, aber die Schlanke der Organisation könne dadurch nur gewinnen.

Der Ausgang dieses Streikes, besonders die hier aufgeführten Ursachen der Niederlage, ist nicht nur für die technischen Bankbeamten, sondern für die Arbeiterschaft überhaupt von Bedeutung. In diesen Tagen ist in Deutschland die letzte Etappe zur Einheitsfront aller Arbeitenden erreicht worden. Das Abkommen zwischen den drei Spitzenorganisationen der Arbeiter, dem A. D. G. B., der Angestellten, dem Afa-Bund und der Beamten, dem Deutschen Beamtenbund, hat gezeigt, daß sich nach den Angestellten auch die Beamten davon überzeugt haben, daß sie als einzelne Organisation ihre wirtschaftlichen Forderungen nicht mit der Kraft und der Aussicht auf Erfolg durchsetzen können, wie das in einer Vereinigung mit den Arbeitern möglich ist. Bei uns in Deutschland hat sich, wie dieser bevorstehende Zusammenschluß zeigt, bei allen Kopparbeitern bereits die Erkenntnis durchgesetzt, daß nicht allein durch die Vertretung von Standesinteressen die Besserung der wirtschaftlichen Lage zu erwarten ist. Man hat erkannt, daß dadurch zu etwas wie das genaue Gegenteil erreicht wird. Die Wahrnehmung bloßer Standesinteressen führt unbedingend zum Standesdünkel, der bisher große Teile der Beamtenschaft abgehalten hat, sich mit der Arbeiterschaft solidarisch zu erklären.

Leider hat das erwähnte Abkommen zwischen den drei Spitzenorganisationen nicht überall die erwartete freudige Begrüßung gefunden. Große Teile der Arbeiterschaft sind — zum Teil berechtigt — mit Mißtrauen erfüllt gegen einen Teil der Beamtenschaft, aber noch größer ist die Zahl der Beamten, die sich gegen die ideale Verbindung mit den Arbeitern und Angestellten wenden. Diesen Jaghaften, die glauben, daß ihre Standesinteressen zu kurz kommen und daß sie Schäden an ihrer politischen Meinung erleiden könnten, mögen aus dem Streik der Tischschlosserei Lehren ziehen. Eine Organisation mag noch so stark und geschlossen sein, wenn sie nicht von wirklich gewerkschaftlichem Geist erfüllt ist, wenn sie sich nicht in eine Reihe stellt mit allen Hand- und Kopparbeitern, dann kann sie besonders in der heutigen Zeit trotz aller guten Willens und trotz aller Opferfreudigkeit nicht gegen die in der Niederlage und damit zu neuer und schwerer Sklaverei verurteilt.

Kont mit dem Trinkgeld! Es ist kollegiale Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die Gastwirtschaften in ihrem Kampfe um eine ausreichende feste Entlohnung zu unterstützen. Das Unternehmertum sucht sich teilweise keine Mühe zur Lohnzahlung dadurch zu ersparen, daß es dem Bedienungspersonal die Mühseligkeit und Wahrscheinlichkeit des Trinkgeldes offenläßt, um dadurch sein Interesse an ausreichender besser Entlohnung zu mindern. Bei diesem Verfahren, das jedem kaufmännischen Geharen widerspricht, ist insbesondere das minderbemittelte Publikum der Leidtragende. Wehrt euch gegen das Trinkgeldsystem und helft, die Gastwirtschaften als Kämpfer um sittliche Entlohnung in unsere Reihen einzugliedern, indem ihr allerorts die Befreiung der Trinkgeldentlohnung mit erzwingt helft und überall da, wo durch Tarife das Trinkgeld abgeschafft ist, solches nicht mehr nehmt.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. gea. B. Grafmann.
- Deutscher Gewerkschaftsbund. gea. Brost.
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellter und Beamtenverbände. gea. Gustav Hartmann.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund. gea. S. Aufhäuser.

Der Handarbeitersstreik im Bezirk Leipzig ist nach der „Z.“ gegen den Willen der Kommunisten mit großer Mehrheit abgebrochen und die Arbeit fast überall aufgenommen worden.

Die englischen Bergarbeiter von Sowjet-Rußland verraten? J. G. B. Vor einiger Zeit wies die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Berlin auf die Tatsache hin, daß die sogenannte „rote“ Internationale von Moskau keine Hand gerührt hat, um den englischen Bergarbeitern zu helfen, während die Anhänger der Umstürzler Internationale wenigstens noch versucht haben, den englischen Kameraden in ihrem Kampf dadurch zu Hilfe zu kommen, daß die Transportarbeiter der feindlichen Häfen sich weigerten, für England bestimmte Kohlen zu verladen. In einem weiteren Artikel stellt nun die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ die Frage, ob diese absolute Passivität gegenüber den englischen Proletariats nicht dadurch verschuldet ist, daß Herr Krasin, um den Handelsvertrag Sowjetrußlands mit den englischen Kapitalisten nicht zu gefährden, sich auf gewisse Konzessionen gegenüber Lloyd George hat einlassen müssen. Mit anderen Worten, daß die russische Sowjet-Republik, um sich die englischen Kapitalisten zu halten die ausgesperrten und englischen Bergarbeiter in ihrem Kampf schändlich verraten und im Stich gelassen hat. Wir geben diese Mitteilung ohne irgenwelchen Kommentar weiter. Daß dieser Verdacht von einem kommunistischen Blatt verbreitet wird, spricht zur Genüge für sich selbst.

## Aus aller Welt.

Neue Wald- und Heidebrände. In Augustdorf in Lippstadt ist ein ungeheurer Wald- und Heidebrand, der bisher 200 Hektar Wald zerstört hat. Lösungsversuche sind bisher erfolglos geblieben. — In den fürstlichen Wäldern unweit des Forsthauses Zimmerhain entwickelte sich ein großer Waldbrand, der sich schnell in der Richtung auf den Bahnhof Weimruth zu ausdehnte. Mehrere Strecken standen bald in heller Flamme. Die Feuerwehren des ganzen Kreises wurden aufgeboten. Sie konnten das Feuer durch Auswerfen von Gräben eindämmen. Zimmerhain sind 400 bis 500 Morgen Nichtenbestände sowie jüngere Aufforstungen dem Brande zum Opfer gefallen. — Während einer Übung der Technischen Nothilfe brach im Schellenberger Walde unweit des Strandbades ein Brand aus. Die Mitglieder der Nothilfe wurden sofort in Lastautos an die gefährdete Stelle gebracht. Im Verein mit der Freiwilligen Feuerwehr Kellinghausen gelang es ihr, das Feuer örtlich zu beschränken.

Der Wasserstand der Elbe ist in Dresden am Freitag auf 237 Zentimeter unter Null gesunken und hat damit den tiefsten in verzeichneten Stand erreicht. Der bisher niedrigste Wasserstand war 1911 mit 236 Zentimeter gemessen worden. Nach Meldungen aus Böhmen ist damit zu rechnen, daß der Wasserstand zunächst weiter sinkt und noch im Laufe des Tages einen Stand von 240 Zentimeter erreichen wird. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat infolgedessen nunmehr auch auf der Strecke Dresden-Schandau den Schiffsverkehr einstellen müssen.

Verhaftung von Eisenbahnräubern. Der angehende Schlosser Reinhold Reike aus Loda, der Mechaniker Stephan Wisk aus Riem und der Schneider Felix Fischer aus Warchau haben auf dem Bahnhof Wiesbaden, Mainz, Köln, Düsseldorf, Saarbrücken und anderen rheinischen Umsteigevägen in D-Zügen Fahrgäste geraubt. Sie wurden auf dem Wiesbadener Bahnhof, als sie über Mainz nach Köln reisen wollten, verhaftet. In ihrem Besitz befanden sich größere Geldsummen und zahlreiche Reiseeffekten. Mit den Dieben wurde ein 15-jähriges Mädchen, das bisher noch nicht festgenommen werden konnte.

Raubmord in Braunsberg. Der mit seiner Gattin in Braunsberg im Harz zur Kur weilende Profurist Brandt aus Berlin ist durch drei Revolverschüsse ermordet und dann seiner Verhaftung und Verlesung beraubt worden. Bald nach der Tat wurde die Leiche durch Holzarbeiter im Walde aufgefunden. Als mutmaßlicher Mörder ist von der Gendarmerie der Arbeiter Walter Kurt aus Lehe verhaftet worden, der die geraubten Sachen bei sich führte. Trotz der schweren Belastungsmomente leugnet der Verhaftete die Tat.

Nichtzu Wohngebäude eingeeicht. In dem Orte Palsenhausen in Baden sind in wenigen Stunden durch ein Großfeuer, das in einer Scheune ausbrach, vierzehn Gebäude eingeeicht worden, darunter sieben mit großen Vorräten gefüllte Scheunen. Die Feuerwehren von acht verschiedenen Orten mußten zur Hilfeleistung hinzugezogen werden. Der Schaden übersteigt anderthalb Millionen. Ein weiterer Brand wütete in Neckarsteinach, wo vier Wohngebäude eingeeicht wurden.

Das künstliche Vaterland. Am Münchener Landtag wurde mit allen gegen die sozialistischen Stimmen ein Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen, der sich gegen die sogenannte „Nationalkultur“ in der Bergwelt und dem Freizeitbetrieb wendet. Die Regierung erklärte, in der Bergwelt müsse das Publikum Selbsthilfe üben und gegen die Auswüchse im Babebetrieb seien vollstellige Strafen angeordnet. — Das Baden galt dem rechtgläubigen Bauern schon immer als Schweinerei und es ist gut, daß die Reichsregierung dieser Anschauung endlich Rechnung trägt. Daß man aber auf der „Mim“, wo es früher bekanntlich „La Sünd“ gab, jetzt zum moralischen Selbstschuß greifen muß, ist ein trauriges Zeichen der Zeit.

Der englische sprechende Hohenzollernprinz oder: Heinerle was machst du da? Dem Berliner Tageblatt, wird aus Nordberney folgendes geschrieben: Vor einigen Tagen kam hier der schillernde Prinz Heinrich von Preußen an. Bei einem Spaziergang auf der Promenade lenkte er durch eine ungewöhnlich laut geführte Unterhaltung in englischer Sprache die Aufmerksamkeit in so unangenehmer Weise auf sich, daß ein Kurgast, anscheinend ein höherer Offizier in Zivil, an ihn herantrat und kurz sagte, daß man in der heutigen Zeit von einem Hohenzollern wohl erwarten könne, daß er deutsch spreche. Kurz darauf hatte der frühere Prinz einen weiteren Zusammenstoß. In der Nähe der Villa „Dahem“ rief ein Zeitungshändler das „Berliner Tageblatt“ aus. Als der Prinz an diesem vorüberging, drehte er sich um und rief dem Zeitungshändler zu: „Stimmen Sie sich nicht, das „Berliner Tageblatt“ zu verkaufen? Worauf der Händler ihm ins Gesicht lachte. — Der ehemalige Prinz Heinrich von Preußen hat scheinbar das Bad Nordberney mit Vorkum verwechselt, wo er eigentlich hingehört.

Großfeuer in Stockholm. Die Marinewerft Galaerwerft wurde von einem Großfeuer zum größten Teil eingeeicht. Die Flugwerft und das Nordische Museum waren schwer bedroht. Erst gegen 3 Uhr nachts gelang es der Stockholmer Feuerwehr, die von den Truppen der Garnison unterstützt wurde, das Feuer zu begrenzen.

Amerikanische Hilfe. Die Charity Bazar Association von Milwaukee hat im Mai d. J. einen Bazar für die Notleidenden Deutschlands mit einem Nettogehalt von 140 000 Dollar veranstaltet. Der Gegenwert dieser Summe wurde nun in großen Mengen von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln dem Deutschen Roten Kreuz überwiesen. Dieses hat daraus 572 von den etwa 1000 in Deutschland bestehenden Kommunalverbänden und 826 Heime mit den bisher eingetroffenen Sendungen betitelt, und zwar mit 119 Sack Mehl, 998 Kisten Milch, 872 Faß Milchpulver, 606 Sack Zucker, 600 Sack Erbsen, 350 Faß Lebertran, 325 Faß Kakao, 250 Sack Kaffee, 100 Faß Honig und 188 Kisten Kleider, Wäsche und allgemeine Liebesgaben. Auf besonderen Wunsch der katholischen Kreise Milwaukee wurde die Verteilung einer größeren Menge dieser Liebesgaben durch den Bischof von Kepler veranlaßt.

Große Kälte und Schnee in Australien. In Australien und Neu-Süd-Wales wühten schwere Stürme, die große Ueberschwemmungen hervorgerufen. Es schneit in Gegenden, wo man noch nie Schnee gesehen hat, und es ist so kalt, wie man es seit 25 Jahren nicht erlebt hat. Der Verkehr zu Lande und zu Wasser wird hierdurch in sehr großem Maße gehemmt.

## Sport.

Bericht von der Fußball-Abteilung des A. D. G. B. Lübeck. München-Lübeck: Am 16. August, abends 6 1/2 Uhr, findet auf dem Kaiserhof Jadenburger Allee das Spiel München-Lübeck (Münchener Fußballverein e. V. I gegen A. D. G. B. I) statt. Eine Viertelstunde vor Anfang des Spieles wird Dr. Leber eine kurze Begrüßungsansprache halten. Der Münchener Fußballverein einige Vereinstugungen zählt mit zu den besten Mannschaften Süddeutschlands. Das erste Spiel machen die Münchener Gäste am Sonntag, dem 14. d. M., in Kiel. Am Dienstag, dem 16. d. Mts., werden sie das zweite Spiel hier in Lübeck machen gegen A. D. G. B. I. Wohl selten wird dem Lübecker Sportliebenden Publikum ein derartiges interessantes Spiel wieder geboten werden, wie das Münchener. Da ja auch Anfang nächstens Monats die Bezirksspiele wieder ihren Anfang nehmen, wird das Abschließen derartiger Gesellschaftsspiele unmöglich sein. Sehr zu empfehlen ist, daß möglichst die Vorverkaufsstellen in Anspruch genommen werden, da hierdurch die Kasse am Platze bedeutend entlastet wird und kein langes Warten nötig ist. Das Publikum selbst hat dadurch großen Vorteil. Vorläufig sind die Vorverkaufsstellen: Zigarngeschäft Niemeyer, Breits Straße, Klublokal Westend, Jadenburger Allee 10 und Genosse Hartmarlund, Reiferstraße 53. Außerdem haben auch die Sportgenossen auf den Arbeitsstellen Karten zum Vorverkauf. Weitere Vorverkaufsstellen werden bekannt gegeben.

An die Arbeiter-Sportartelle in Schleswig-Holstein. Es ist beabsichtigt, am Sonntag, dem 4. September, eine Zusammenkunft von Vertretern der Arbeiter-Sportartelle der Provinz in Neumünster abzuhalten. Eine Reihe von organisatorischen und anderen wichtigen Fragen bedürfen der Klärung. Die Sportartelle werden gebeten, zu der Tagung Stellung zu nehmen und bis spätestens 20. August ihre Teilnahme an der Konferenz mitzuteilen. Jedes Kartell muß durch mindestens einen Delegierten vertreten sein. Die Kosten für die Delegierten hat jedes Sportartelle selbst zu tragen. Ferner werden die Kartelle ersucht, umgehend ihre Adressen an H. Jacobs, Kiel, Hanfsackstraße 68, parti., einzujenden.

## Quittung.

100 Mk. von L. für Wahlfonds erhalten. Das Parteisekretariat.

Bei sprödem Barthaar und empfindlicher Haut zeigt sich beim Käsen so recht die wohltuende, haarerweichende Wirkung der neuen Kaffee-„Leosira“. Überzeugen Sie sich von der Sparigkeit und praktischen Verwendbarkeit und probieren Sie eine Packung zu 1/2 L. — für monatlichen Gebrauch. Wo Sie die bekannte Chlorodyne-Zahnpaste kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Kaffee-„Leosira“. Senden Sie mir Ihre Original-Packung direkt gegen Nachnahme oder Boreinsendung von Mk. 3.—. Laboratorium L. e. o., Dresden-N. 6. 5018

Das Zahnpulver „Nr. 23“ reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurz Gebrauch das Aussehen ders. bedeutend verbessert wird. In den Apotheken und Drogerien.

Hotels, Restaur., Cafés, Vergnügungen etc.

Hallers Musikhaus, Inhaber: H. Haller jr. u. L. Capell, Markt 3, Kohlmart 12.

Neue Volksbühne, 44 Bedergrube 44. Täglich Variete und Kabarett. Anfang 7 1/2 Uhr.

Restaurant „Holstenkrug“, Hugo Boysen, Holstenstr. 37. Telefon 8184.

Restaur. zur Markthalle, Küche, Biere, Weine. Paul Richter, Mengstr. 6. Tel. 232

Café Bernhardt, Fadenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Abstinenz-Café, Untertrave 100. Speis.-Tägl. frisch. Backw. u. ff. Bohnentafel. V. Rodtke.

Bodega-Weinstub, H. Biesenberg, Fleischstr. 14. Tel. 8986. Gute gepflegte Weine, Liköre und Küche.

Heimlich Kulmbacher Bierhaus, Inhaber: O. Schneider, Fleischstr. 16. Tel. 497. Gut gepfl. Biere, Weine u. Küche

Restaurant u. Café, Königstr. 41, Zum Deutsch. Kaiser. Garten u. Veranden, gute Küche. Dittl. Urquell.

Frik Derlien, Hügelstraße 107, Samen- und Futtermittelhandlung.

Großbude, Chr. Schulz, Tel. 3458, Königstr. 93. Hiesiger Restaurant Gr. Burgstr. 57. Altbekannte Frühstücksstube. Bürgert. Mittagstisch von 12-2 Uhr, solide Preise.

Weine u. Spirituosen, Joh. Fischer, Große Burgstraße 17.

Zeitungs Bierstube, Königstraße 112. Guter Mittagstisch.

H. Smull, Bierhalle Bedergrube 17. Lebensmittel, Obst.

Fr. Klempau, Königstraße 22. Obst. — Süßfrüchte.

E. Christofferfen, Holstenstraße 42. Fernsprecher 2345. Schokoladen, Konfitüren, Kaffee, Tee, Konjerven und Marmeladen.

Fischhandlung S. P. Unger, Hoffenstr. 21. Fernsprecher 8603. Täglich Eingang von frischen Fischen.

Gustav Magaard, Johannistr. 13. Beste Bezugsquelle für Kolonialwaren.

H. Büld, Kaffee, Tee, Katalog-Handlung, jetzt Mengstr. 24. Fernspr. 149. Geschäftsjahr 9-1 u. 3-5.

Kostoder Butterhandlung, Inhaber Robert u. Dora Gündel. Bedergrube 9, Tel. 2084.

Karl Wunderlich, Fänshansen 18. Obst, Gemüse, Süßfrüchte und Lebensmittel.

Ernst Boss, Kolonialwaren, Spirituosen, Zigar., Rauch u. Kamabate. Große Burgstraße 59. Geschäftsprinzip: Gute Ware, solide Preise. Fernspr. 410.

Walter Steinhagen, Delikat- u. Feinwar.-Hdlg. Spez. Butter, Marg., Eier. Bedergrube 7.

J. Borbed, Fleisch- u. Wurstwaren, Marzipan- und Zuckerverarbeiten. Fädenstr. 110. Tel. 448. Begr. 1873.

Fischhandlung, J. Biss, Tel. 30. Fleischwarenstr. 15.

E. Koepfer, Kaffeebohnen, Kolonialw. Königstr. 75. Tel. 8915.

Schäfer, Schwanen Allee 34. \* Papierwaren, waren, Schulartikel \* Bijouterien, Bilder \* Konfitüren, Kates \* Spezialität: Reichard-Schokolade \* Heze.

A. Maret, Konditorei und Marzipanfabrik. Konfektion, Putz, Schuhe usw.

Paul Rosenfranz, vorm. Katharina Kusch, Inhaber u. Modewaren, Telefon 8327, Sandstr. 2-4. Stets letzte Neuheiten zu billigsten Preisen.

Johannes Holst, Markt 6, Kohlmart 6. Herren-, Knaben-, Arbeiter-Garben und Schuhwaren, Manufaktur- und Ausstatter-Artikel zu billigsten Tagespreisen.

Johanna Marks-Abrendt, Bügelstraße 5. Fernsprecher 2680. Damenhüte, größte Auswahl.

E. Graff, Hoffenstr. 20. Spezialgeschäft für Herrenmoden, Mäntel, Hüte und Mützen. 5716

Gustav Nagewik, Transport \* Expedition \* Möbeltransporte \* Kontor- und Lager: Schwandauer Allee 60a \* Fernsprecher 9044.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan. Illustration of a train and a ship.

Aug. Trost & Sohn, Hoffenstr. 24. Hüte und Mägen.

H. Hornbogen, Königstr. 71. Tel. 1910. Strumpffabrik, Spezialgeschäft feiner Eristolagen und Strumpfwaren.

Carl Zegelin, Johannistr. 11. Unterzeuge, Strumpfwaren, Anaben-Anzüge etc.

Alma Busse, Wahnstraße 18. \* Damen- und Kinderhüte in großer Auswahl. Umpressen und modernisieren schnellstens.

Ferd. Kauffeld, Puhwaren, Hüte, Mägen. Umpressanstalt für Herrenhüte.

Eisleben, Braunstraße 30-32. Puhwaren. Groß- und Kleinhandlung.

M. Lougret, Klingenb. 3/4, l. Haus Koepfle, neb. St. Hambg., Elagengsch. Gr. Ausm. i. garn. Hüte. Umarb. d. pressen alt. Hüte a. neueste Form.

D. Wagner, Hoffenstr. 8. Damen- und Kinderhüte. Größte Auswahl. — Billigste Preise.

W. Ramm, Johannistr. 16. Korsetts jeder Art.

Herrengarderobe, fertigt preiswert M. Trehan, Königstr. 4-6, II.

Frik Heine, Zigarren. — Import. — Versand. Bedergrube 36. Fernruf 8472. Filiale: Schmöckengauerstr. 24. Empfehle mein reichhaltiges Lager feinsten Qualitäts-Zigarren und Zigaretten, Tabake jeder Art, Hamburger, Bremer und Bänder Fabrikate, sowie Zigaretten in größter Auswahl. In- und ausländische Fabrikate zu äußerst niedrigen Preisen.

Herrenstiefel . . . . . von 140.— Mit. an Damenstiefel . . . . . 140.— . . . . . 68.— . . . . . 65.— . . . . . 210.— . . . . . 300.—

Gugen Meinen .. 5 Klingenberg 5 Zigarren, Tabake usw.

Otto Wegener, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Groß-Vertrieb, Lager erstklassiger Fabrikate. Fleischhauerstraße 65. Fernruf 3381.

Hans Kähler, Fischergasse 35. Beste Bezugsquelle für Hausmacher-Zigarren.

Bremer Zigarren-Fabriken C. Freie, Begründet 1860 \* Bremen \* Gegründet 1860 Filiale Lübeck, Hoffenstr. 13/15, Fernspr. 8937. Vorteilhafteste Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigarren.

Raucht Dreessen's Tabak u. Zigarren, Hoffenstr. 6

Heinrich Möller, Hoffenstr. 42. Untertrave 114-115. Gegründet 1867. Fernruf 8426. Zigarren, Zigaretten, Tabake in größter Auswahl. Eigene Steuerlager für Wiederverkäufer.

Die führende Firma der Branche: Färberei Lehfeldt, Johannistr. 70.

A. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten. Table with columns for Hamburg, Büden, Eutin, Travemünde, and Segeberg. Includes departure times and days of the week.

Joh. Tollgreve, Goldschmiedemeister, Königstr. 92. Silberne u. versilberte Bestede — Trauringe — Reparaturen. Moderne Schmuckachen.

Possehl's Kohlenhandel. Abteilung Beckergasse, Abteilung Mühlenstraße 62. Fernspr. Nr. 8330 8333. Fernspr. Nr. 8720 8721. Koks, Kohlen, Briketts. Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

H. Rughase, Untertrave 62. Zigarren, Zigaretten, Tabake.

H. Visk, Untertrave 70. Zigarren u. Tabakwaren.

W. Lampe, Mühlenstraße 9. Zigarrenhaus. F. C. H. Schröder, Inhaber, Joh. Brielmayer, Königstr. 43. Tab. Zigarren, Zigaretten.

Ludwig Zander, Mariesgrube 3. Goldschmied. Großes Lager von Gold- und Silberwaren. Eigene Werkstatt.

E. Bland, Königstraße 78. Erstklassiges Spezialhaus feiner Uhren, Gold- und Silberwaren 1341. Silberwaren. Telefon 1341. Eigene Werkstatt für Reparatur und Reparatur.

Otto König, Fleischhauerstraße 7. Gold- und Silberwaren. Aufarbeitung sämtlicher Reparaturen und Neuarbeiten in eigener Werkstatt. Spezialität: Verlobungsringe.

Johs. Bernhardt, Goldschmied, Hügelstraße 25. Gold- und Silberwaren, Trauringe. Eigene Werkstatt.

Willi Westfeling, Hoffenstr. 32. Spezialität: Verlobungsringe. Reparaturen prompt.

Mag Ehrichsen, Uhr, Goldwaren. Reparaturen billig. — Fischergasse 56.

Herrenstiefel . . . . . von 140.— Mit. an Damenstiefel . . . . . 140.— . . . . . 68.— . . . . . 65.— . . . . . 210.— . . . . . 300.—

Gugen Meinen .. 5 Klingenberg 5 Zigarren, Tabake usw.

Otto Wegener, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Groß-Vertrieb, Lager erstklassiger Fabrikate. Fleischhauerstraße 65. Fernruf 3381.

Hans Kähler, Fischergasse 35. Beste Bezugsquelle für Hausmacher-Zigarren.

Bremer Zigarren-Fabriken C. Freie, Begründet 1860 \* Bremen \* Gegründet 1860 Filiale Lübeck, Hoffenstr. 13/15, Fernspr. 8937. Vorteilhafteste Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigarren.

Raucht Dreessen's Tabak u. Zigarren, Hoffenstr. 6

Heinrich Möller, Hoffenstr. 42. Untertrave 114-115. Gegründet 1867. Fernruf 8426. Zigarren, Zigaretten, Tabake in größter Auswahl. Eigene Steuerlager für Wiederverkäufer.

Herrenstiefel . . . . . von 140.— Mit. an Damenstiefel . . . . . 140.— . . . . . 68.— . . . . . 65.— . . . . . 210.— . . . . . 300.—

Gugen Meinen .. 5 Klingenberg 5 Zigarren, Tabake usw.

Otto Wegener, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Groß-Vertrieb, Lager erstklassiger Fabrikate. Fleischhauerstraße 65. Fernruf 3381.

Hans Kähler, Fischergasse 35. Beste Bezugsquelle für Hausmacher-Zigarren.

Bremer Zigarren-Fabriken C. Freie, Begründet 1860 \* Bremen \* Gegründet 1860 Filiale Lübeck, Hoffenstr. 13/15, Fernspr. 8937. Vorteilhafteste Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigarren.

Raucht Dreessen's Tabak u. Zigarren, Hoffenstr. 6

Heinrich Möller, Hoffenstr. 42. Untertrave 114-115. Gegründet 1867. Fernruf 8426. Zigarren, Zigaretten, Tabake in größter Auswahl. Eigene Steuerlager für Wiederverkäufer.

J. Kloeßen, Möbel- und Dekorationsgeschäft. Telefon 1193. Adalgsstraße 85/87.

Georg Lopp, Mariesgrube 24, Möbelhandlung. Beste Bezugsquelle für neue und gebrauchte Möbel.

M. Krause Ww. Blumenbinderei, Bedergrube 8.

Carl Zöllers, Mariesgrube 25. Möbelhandlung. Vorteilhafteste Einkaufsquelle ganzer Wohnungs-einrichtungen sowie Einzelmöbel.

Willi Didenburg, Körb. u. Korbl. Hügelstr. 90

Blumengeschäft Sager, Inhaber: J. Waff, Königstraße 90. Tel. 1208. Blumen- und Kranzbinden. Spezialität: Brautkränze.

Rudolf Gasparn, Hoffenstr. 20. Blumen und Pflanzen. Kränze in allen Ausführungen.

Allgemeines.

Piehl & Fehling, Kohlenabteilung, Mühlenstraße 48. Anthrazitkohlen \* Briketts \* Holz \* Torf \*

Niebuhr & Binge, Bedergrube 48. Fernspr. 2817. Elektromotoren u. Apparatebau, Unterwieldel. Fabrikation elektrischer Materialen. Sündiges Lager in Elektromotoren und Heizapparaten.

Feddersen & Wulff, Königstr. 62. Herrenschneider-Bedarfsartikel, Tuchlager, Herren-Artikel.

Hermann Dobberstein, Hügelstr. 47, Fernspr. 1048. Spezialität: Färben nach Probe, chemische Reinigung. — Schnell! Tadellos! Mäßige Preise!

Arthur Priem, Johannistr. 21. Fernspr. 886. Ausführung elektrischer Anlagen jeder Art u. Größe. Ankauf, Verkauf, Verleihung von Elektromotoren. Lager in Beleuchtungskörpern und Glühlampen. Reparaturwerkstatt.

Germania-Drogerie, Königstr. 66. Julius Dögl. Delfarben.

Martin Jürgens, Hügelstraße 78. Sollinger Stahlwaren u. eig. Schließ. m. elektr. Betrieb. Tägl. Schließfen.

C. F. Alm, Hoffenstr. 12, Braunstr. 7. Drogen und Farben.

Handarbeiten mod., geschmackvoll und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft Ritz, Fernr. 3383, Ob. Wahnstr. 1

Ludwig Schlüter, Cugusfuhrwesen, Trauerrwagen. Telefon 72. Bedergrube 24.

J. Nowacki, Fischergasse 45. Mechanische Schuhreparaturwerkstatt.

Carl Hans Kühl, Mühlenstr. 42. Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Nähmaschinen repariert schnell u. gut Heinr. Kruse, Mechaniker, Fischergasse 33. Solide Preise.

Fr. Grünschow, Johannistr. 63. Fernruf 8382. Piano- und Möbeltransport. Uebernahme ganzer Umzüge am Plage und nach auswärts. Einlagerung ganzer Hausstände.

Joh. Hark, Johannistr. 22. Werkstatt für elektrische Maschinen. Spezialität: Feldspulen und Unterwieldel.

Wilh. Schubert, Pferdemarkt 17. Klempnerei und Installation für Gas, Wasser und Elektrisch.

Neu bekommen Sie Ihren alten Hut in der Hutpresserei Hügelstr. 49.

Tapezier.- u. Rohstoff-Genossenschaft e. G. m. b. H. Schäffelbuden 4. Fernsprecher 8281. Rohstoffe, Lapeten, Möbelfstoffe, Gardinen.

Schuhmacher-Rohstoff-Verein G. m. b. H. Johannistr. 31. Oberleder, Unterleder, Bedarfsartikel, Stepperei. Verkauf auch an Nichtmitgliedern.

Löwen-Apothete und Homöopathische Zentral-Apothete, Johannistr. 13. Fernruf 621. Spezialitäten: Drogen, Chemikalien.

May Pauls, Inhaber: Erich Schauer, Königstraße 45. Haus- und Küchengeräte.

E. Harms & Co., Inhaber: H. Eckhardt, Königstr. 49. Tel. 207. Spezialgeschäft für Beleuchtungsartikel aller Art.

Lapeten, Läuferstoffe, Wandstühle Carl Beulde, Königstraße 48b.

Albert Ziehe, Hutumpresse-Anstalt.

Wilh. Gwert, Schuhwaren, Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kohlmart, Ede Sandstraße. Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art.

Adolf Hübner, Uhrmacher, Fänshansen 13.

Julob Köhner, Uhrmacher, Schäffelbuden 11.

Antilen: D. Weff, Breite Straße 38 und Hügelstraße 41.

Ab. Matern, Uhrmacher, Bedergrube 26.

Möbel.

Gustav Reinboth, Papierhandlung, Geschäftsbücher, Haus Sad Nachf. Lübeck, Königstraße 38. Kontormöbel.

Mia Schwarz, Kleider elegant. Damenmod. Königstr. 46a II. 9-1, 3-6 II.